

Die Situation der ausländischen ArbeiterInnen in der DDR Reiche Ausländer... ***Vietnamesen in der DDR*** Tucholsky ***Ausländergesetz*** Flüchtlingsfond in der Krise ***Neue Initiativen*** Deutsch-Deutscher Arbeitskreis**

5

NAH & FERN



Ein Material- und Informationsdienst für ökumenische Ausländerarbeit

Georgenkirchstr. 70
BERLIN / 1017
Tel. 43 830

Fragen nach ständigen Aufenthalten

Intoleranz und Fremdenhaß
14 Polizeieinsätze notwendig

Erst entmündigt, dann gekündigt
Rund 200 Betriebe haben bereits Entlassungsanträge gestellt.

«Seine Kinder zu Markte tragen»
Alex marschiert

Wer lügt?
Zwei Bulgarinnen, berichten das Gegenteil. Sie seien nach jenem schenfall von Polizisten aus Bahnhof getrieben worden. Die Beamten hätten Hunde dabei gehabt und Schlagstöcke eingesetzt.

Der Bahnhof ist rassistische Ausschreitungen gegen Mosambikaner in Hoyerswerda

Neger aufklatschen
Und der Arbeitsplatz? „Den ben müssen“, erzählen wir abgemessen in einem Wohnheim, der jetzt im B...“

Ausländerbeauftragte stellte sich vor
Wieviele Fas...
Frauen beha...
sen. Und wi...
Kurz darat...
In Bulgarien gebe es...
aber es sei zu teuer. Und...

Deutsche BetreuerInnen raten von Besuchen in Kneipen und Diskotheken ab

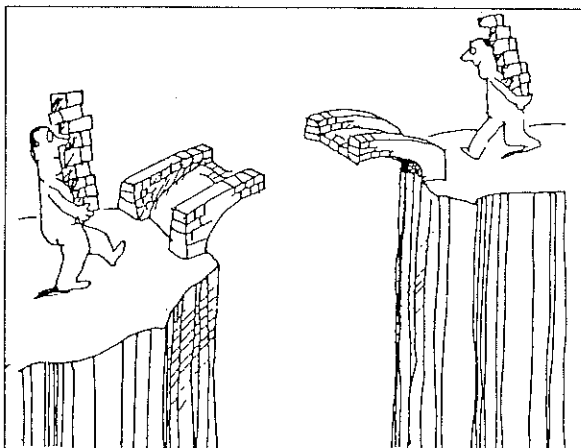
ein Kommunikationszentrum

"Denken Sie doch - was kann da nicht alles vorgekommen sein in einer alten Familie. Vom Rhein -noch dazu. Vom Rhein. Von der großen Völkermühle. Von der Kelter Europas! Und jetzt stellen Sie sich doch mal Ihre Ahnenreihe vor - seit Christi Geburt. Da war ein römischer Feldhauptmann, ein schwarzer Kerl, braun wie 'ne reife Olive, der hat einem blonden Mädchen Latein beigebracht. Und dann kam ein jüdischer Gewürzhändler in die Familie, das war ein ernster Mensch, der ist noch vor der Heirat Christ geworden und hat die katholische Haustradition begründet. - Und dann kam ein griechischer Arzt dazu, oder ein keltischer Legionär, ein Graubündener Landsknecht, ein schwedischer Reiter, ein Soldat Napoleons, ein desertierter Kosak, ein Schwarzwälder Flößer, ein wandernder Müllerbursch vom Elsaß, ein dicker Schiffer aus Holland, ein Magyar, ein Pandur, ein Offizier aus Wien, ein französischer Schauspieler, ein böhmischer Musikant - das hat alles am Rhein gelebt, gerauft, gesoffen und gesungen und Kinder erzeugt - und - und der Goethe, der kam aus demselben Topf, und der Beethoven, und der Gutenberg, und der Matthias Grünewald, und - ach was - schau im Lexikon nach. Es waren die Besten, mein Lieber! Die Besten der Welt! Und warum? Weil die Völker dort sich vermischt haben. Vermischt - wie die Wasser aus Quellen und Bächen und Flüssen, damit sie zu einem großen, lebendigen Strom zusammenrinnen."

aus: Carl Zuckmayer "Des Teufels General"

Nah und Fern 5

I N H A L T



Kommentar

Brief eines vietnamesischen Bürgers an die Deutschen S.1

Thema

Die Situation der ausländischen ArbeiterInnen in der DDR
Das Vietnambild in der DDR | Nachruf S.2

Berichte

Eine Rüstzeit | Roma und Sinti
Gegen Unternehmerwillkür | Dritte Welt wie weiter? S.13

Neue Initiativen

Treffpunkt Ausländer im Grünen Salon S.15

Appell

Flüchtlingsfond in der Krise S.18

Nachrichten

Beratungsstelle für jüdische Emigranten
Ausländergesetz | Beratungszentrum für Vietnamesen... S.20

Adressen

S.23

(Titelseite unter Verwendung eines Holzschnittes von KIM Chun-Ho (Turong), Südkorea

"Nah & Fern" - herausgegeben vom Ökumenisch-Missionarischen Zentrum/ Berliner Missionsgesellschaft, Georgenkirchstraße 70, Berlin 1017 / V.i.S.d.P.:Christfried Berger

Redaktionskreis: Dagmar Henke, Christiane Weißenhagen, Christfried Berger (ÖMZ/BMG), Dieter Braun (LM), Rainer Wendt, Klaus Pritzkeleit (Staatssekretariat)

Lay-Out: Matthias Amme (ÖMZ/BMG) Druck: Druckerei Reiher

Spendenkonto für Herstellung u.Versand (3DM + 1DM = 4DM): 6651-39-183 / Codierung 109 900 89

Redaktionsschluß: 15.September1990

Liebe Leser von Nah & Fern!

Wir haben unsere Zeitschrift gewöhnlich mit einem Kommentar begonnen, der versucht hat, die Situation der Ausländer in unserem Land darzustellen. Wir denken, daß der folgende Brief solch ein Kommentar ist. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht automatisch eine Heimat für alle da. Weder unsere heutige Gesellschaft "hier", noch die heutige Gesellschaft "drüben", werden so bleiben wie sie sind. Vergangenheit "bewältigen" heißt Trauerarbeit leisten. Ein Teil dieser Trauerarbeit wird Überwindung von Abrenzung und Teilung sein, d.h. auch innere Mauern abreißen und innere Grenzstreifen "begrünen". Der Weg, den wir gehen müssen, ist die gemeinsame Suche nach einer gemeinsamen neuen Heimat.

Dagmar Henke

Brief eines vietnamesischen Bürgers an das Deutsche Volk

Liebe deutsche Bürger und Bürgerinnen!

Ich weiß, daß in diesem Land Menschen leben, die, wie ich, aus anderen Ländern kommen. Vor vielen Wochen habe ich an einer Mauer gelesen: "Ausländer, laßt uns Deutsche nicht mit uns allein!". Viele sind diesem Ruf gefolgt und noch in diesem Land, arbeiten und lernen mit Euch. Für unser Kommen und Bleiben habt ihr bis heute gewiß viel getan. Ihr habt jahrelang mit und ohne Überzeugung Solidarität mit uns in den Kämpfen für Freiheit, Unabhängigkeit, Frieden und Menschenrechte geübt. Ihr habt uns auch nicht selten etwas von Eurem Hab und Gut abgegeben als Hungersnöte und Naturkatastrophen unsere Existenz bedrohten. Alles, was Ihr für uns getan habt, bleibt in uns unvergeßlich. Worte allein können unseren Dank nicht ausdrücken!

Dennoch, in den letzten Wochen ist viel geschehen, auch im Zusammenleben mit uns Ausländern. Viele offene, aber mehr versteckte Worte klingen uns in den Ohren. Worte wie: Ausländer raus! Paßt euch gefälligst an unsere Sitten und Gebräuche an, wenn ihr schon mal hier seid! Ich habe deshalb den Auftrag von vielen ausländischen Kollegen bekommen, Euch die folgende Bereitschaftserklärung vorzulegen.

1. Ihr werft uns vor, daß wir Euch Eure Waren wegkaufen. Wir haben diesen Vorwurf zur Genüge gehört! Wir haben verstanden. Wir erklären uns nun bereit, die von Euch und mitunter auch von uns, also gemeinsam geschaffenen Waren und Produkte nicht mehr zu beanspruchen. Unter der Bedingung allerdings nur, daß Ihr in Zukunft so hohe Preise für alle Waren, die Ihr aus der sogenannten Dritten Welt bezieht, (z. B. Baumwolle, Kaffee, Tee, Bananen, Gummi, Erdöl), bezahlt, damit wir nicht mehr für Hungerlöhne arbeiten müssen und unsere Familien nicht ernähren können. Desweiteren erwarten wir von Euch, daß Ihr aufhört unsere Regenwälder abzuholzen, unsere Erzvorkommen nicht auf Kosten der Umwelt abbaut und uns auch dabei kräftig übers Ohr haut, daß Ihr aufhört unsere Tiere abzuschlachten und auf Pelze und Elfenbein verzichtet. Und daß Ihr aufhört Euren Sondermüll in unsere schönen Länder zu schicken wie Geschenke.

2. Ihr werft uns Ausländer vor, wir benähmen uns nicht wie Gäste in Eurem Land, wir vergäßen allzugern wer hier der Hausherr ist.

Wir erklären uns bereit, die Hausordnung einzuhalten und uns wie Gäste zu benehmen, aber wir brauchen dabei Eure Unterstützung, weil wir soviel von Euch lernen müssen. Zeigt uns doch Eure Gastfreundschaft, so wie Ihr sie im Ausland erfahren habt und von der Ihr dann zu Hause in Eurem Land so sehr schwärmt.

3. Ihr verlangt von uns Anpassung. Gut, auch dazu sind wir bereit. Das heißt dann für unsere Zukunft, daß wir auch in so schönen Wohnungen wie Ihr leben. Wir gehen dafür freiwillig aus unseren Ghettos, in die Ihr uns so gastfreundlich ausgrenzt. Wir würden dann auch gerne Eure Hygiene übernehmen; also Schluß mit der Drecksarbeit zu Niedrigstlöhnen und keine Schabenbekämpfung bei voller Belegung (also 3 Personen in 18 m²) in den Wohnungen. Wir passen gerne unsere Lebensansprüche an die Euren an! Also gleiche Arbeit für gleichen Lohn. Und unsere Ersparnisse sind auch nicht weniger wert!

Auch wir wollen nichts weiter als mündige Bürger sein.

Wir wollen auch geachtet werden, so wie wir Euch achten, in Eurer Mentalität und Kultur. Auch wir sind Menschen, Mit-Menschen. Denkt daran: ein Europa ohne Grenzen heißt neben Freiheit für a l l e , also nicht nur für Deutsche, auch Toleranz und Gleichberechtigung für alle.

Die Situation der ausländischen ArbeiterInnen in der DDR

Das Leben der in der DDR arbeitenden ausländischen Frau ist primär durch die Isolation bestimmt. Zum einen die Isolation, die durch die gettoisierte Unterbringung mit all ihren restriktiven Bestimmungen gegeben ist und zum anderen durch die Isolation, die entsteht, da sie durch das Weggehen aus der Heimat auch herausgerissen werden aus der familiären und sozialen Bindung, die für Frauen aus diesen Ländern eine ganz besondere Rolle spielen. Oft ist es der Fall, daß diese Frauen, meist aus Vietnam, Mocambique und Angola ihre Kinder und den Mann in der Heimat zurücklassen. Der Grund für diese Situation sind auf der einen Seite die Rahmenbedingungen der Regierungsabkommen und auf der anderen ein rein ökonomischer. In den Ländern herrscht große Arbeitslosigkeit und Armut. Das im Ausland, in diesem Fall der DDR, arbeitende Familienmitglied ist oft der einzige Ernährer der Familie. Hinzu kommt, daß es auch eine Frage des sozialen Prestiges ist, wenn ein Kind im Ausland, in Europa arbeitet.

Das Leben dieser ausländischen Frauen ist geprägt durch die Arbeit. Sie arbeiten im 2- und 3-Schichtsystem und wohnen in Wohnheimen, die in der Regel zu klein und überbelegt sind, um noch von einem Privatleben reden zu können. Eine mocambiquanische Arbeiterin sagte mir: "Es ist schwierig. In einer Etage sind wir 38 mit 1 Küche, mit 3 Herden und je 3 Platten, die aber nie alle ganz sind. Es ist einfach schlimm. Viele Leute kommen von der Nachtschicht und wollen gleichzeitig kochen. Die anderen wollen schlafen beziehungsweise müssen aufstehen, da ihre Schicht beginnt. In einer Etage gibt es 2 Toiletten. Es sieht aus wie in einer Kaserne."

Das Leben außerhalb des Wohnraums ist sehr eingeschränkt, da die kommunale Infrastruktur nicht dementsprechend gestaltet ist, es keine Kommunikationszentren gibt und es außerdem kaum Kontakte zu deutschen Familien gibt. Der

Kontakt zu den deutschen Arbeitskollegen ist in der Regel am Werktag beendet und wenn man nach der Arbeit noch ein Bier trinken geht, dann selten mit der ausländischen Frau. Sie wünschen sich aber eigentlich diesen Kontakt, da sie so die Kultur, die Menschen kennenlernen und die Sprache besser lernen könnten. Wenn doch eine Beziehung zwischen einer ausländischen Frau und einem Mann entstanden ist, gab es immer viele damit verbundene Probleme. Ersteinmal waren die Bestimmungen der Heimordnung nicht so angelegt, daß sie fördernd auf eine Freundschaft wirkten und zum anderen gab es die gesetzliche Regelung, daß ausländische Frauen keine Kinder bekommen dürfen, beziehungsweise bei einer Schwangerschaft nach Hause geschickt werden und der Vertrag gekündigt wird. Diese unmenschliche Regelung war damit begründet, daß die ausländische Frau dann - im Falle einer Schwangerschaft - als Arbeitskraft ausfällt und somit den Vertrag von ihrer Seite aus nicht eingehalten hat. Ein häufig zu hörendes Argument ist: "Sie sind hier, um zu arbeiten und nicht um Kinder zu kriegen"

Ein anderer Grund für diese Regelung könnte m.E. sein, daß



"Hallo Fabrikmädchen", KIM Chung-Ho

durch ein Kind automatisch eine Integration stattfindet, da Kontakte zu den Deutschen normal ablaufen - im Kindergarten, im Wohngebiet - und somit der Wunsch entstehen könnte, nicht wieder in die Heimat zu fahren, sondern in der DDR zu leben.

Es gibt auch Ausnahmen bei dieser Regelung, die aber dann von dem jeweiligen Betrieb und den Betreuern abhängig waren. Bei vietnamesischen Frauen zum Beispiel ist die Schwangerschaft oft sehr spät erkannt worden und bis die Papiere fertig waren, konnten sie in der DDR noch entbinden. Einige Frauen haben das Kind nach der Entbindung nach Hause gebracht und durften dann ohne Kind hier weiterarbeiten. Oft wurden durch diese Regelung die ausländischen Frauen auch zur Unterbrechung gezwungen, da eine Rückkehr durch eine Vertragskündigung oft das finanzielle und soziale Aus für die Familie bedeutet hätte, da in einem solchen Fall auch keine finanzielle Unterstützung des Herkunftslandes zu erwarten war. Gerade vietnamesische Frauen haben schon eine oder mehr Unterbrechungen machen lassen, beziehungsweise in diesem Zusammenhang machen lassen müssen.

Diese Regelung, daß Frauen bei Schwangerschaft nach Hause geschickt werden, wurde im Januar 1989 außer Kraft gesetzt: Keine Frau darf ohne ihren Willen bei Schwangerschaft nach Hause geschickt werden. Der Betrieb muß für sie entsprechenden Wohnraum und für das Kind eine Unterbringung in einer Kinderkrippe sichern. Ist dies nicht möglich, muß die Frau nach Ablauf des gesetzlichen Wochenurlaubs mit dem Kind nach Hause fahren. Sie kann ihr Kind in Betreuung der Großfamilie lassen und erneut in die DDR einreisen, heißt es in einer Festlegung dazu,

Das Problem ist aber, daß diese neuen Bedingungen nicht bekannt waren bei den ausländischen Frauen und den Betrieben und somit die Frauen weiterhin nach Hause geschickt wurden.

An dieser Stelle möchte ich etwas ausführlicher auf die Situation vietnamesischer Frauen eingehen, die in der DDR schwanger wurden.

Eine von ihnen wandte sich in einem Brief an die Öffentlichkeit, der in der Zeitschrift "Sonntag" 21/90 nachzulesen ist. Dort schreibt sie: "Die Verhaltensnormen der traditionellen vietnamesischen Dorfgemeinde waren streng geregelt und ihre Befolgung unmittelbare Voraussetzung für die Existenz des einzelnen in der Gesellschaft. Wurde eine unverheiratete Frau schwanger, so mußte sie harte Strafen und Beleidigungen über sich ergehen lassen. Ihr wurde der Kopf geschoren und mit Kalk eingestrichen, und sie wurde aus dem Dorf vertrieben. So verteidigte die Gesellschaft ihre 'Tugend' und 'moralische Reinheit'.

In der DDR wurden wir mit einem wesentlichen anderen Geschlechterbewußtsein und mit anderen Geschlechterrollen konfrontiert. In den ersten Tagen des Aufenthaltes bekommen wir alle, alle vietnamesischen Frauen, egal welchen Alters, von der DDR-Betreuerin die Anti-Baby-Pille in die Hand gedrückt. Auf diese Weise wurde uns unmißverständlich klargemacht, daß Intimbeziehungen zwischen Mann und Frau außerhalb der Ehe normal sind, für uns aber die Bedingung gilt, daß keine Frau schwanger werden darf".

Der Grundsatz, daß jede schwangere ausländische Frau unverzüglich nach Hause geschickt wird, hing über den hier lebenden und arbeitenden Frauen ständig wie ein Damoklesschwert. Es gelten dabei keine ethisch-moralischen Normen mehr, sondern nur noch das Prinzip der Nützlichkeit, daß diese Frauen nur als Arbeitskraft anerkannt. Aufgrund mangelnder Aufklärung und Belehrung wußten die ausländischen Frauen kaum etwas über die Wirkungsweise der Pille, was wiederum ein Grund für häufige Unterbrechungen ist. In etlichen Fällen, wenn die Frist für eine Unterbrechung schon überschritten ist - aus den unterschiedlichen

Gründen, so zum Beispiel wegen des Fehlens eines Dolmetschers beim Arztbesuch - versuchen die betroffenen Frauen selbst eine Fehlgeburt durchzuführen. Die vietnamesische Arbeiterin schreibt weiter: "In solchen Notsituationen scheuen die Frauen auch die gefährlichsten Mittel nicht, um zu vermeiden, in diesem Zustand nach Vietnam zurückgeschickt zu werden. Denn ein unverheiratetes schwangeres Mädchen wird, vor allem auf dem Lande, als Schande angesehen".

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie humanistisch die Bedingungen sind, unter denen die ausländische Frau in der DDR leben muß. Es sind dies die gesetzlichen Regeln und Bestimmungen, die das gesamte Leben nicht nur bestimmt, sondern einschränkt und sie nicht auf einer Stufe mit der deutschen Frau erscheinen läßt.

Der Kulturkonflikt, in dem sich die ausländische Frau befindet, wird nicht nur durch die Konfrontation mit der anderen Kultur, mit einer anderen Lebensweise, mit anderen kulturellen Werten hervorgerufen, sondern durch die gesetzlichen Bestimmungen und die Lebensbedingungen im Gastland DDR forciert.

Dabei spielt zum Beispiel die Rolle der Frau in der Gesellschaft eine Rolle.

Die gesellschaftliche und soziale Rolle der Frau aus den sogenannten Entwicklungsländern ist unter anderem auch sehr stark durch die Mutterschaft geprägt. Erst wenn eine Frau Kinder hat, wird sie als Frau angesehen. Als Frau kinderlos zu sein, kann das Ausstoßen aus der Familie bedeuten.

In der DDR angekommen, werden sie dann nicht nur mit anderen Geschlechtsverhalten, bei dem geschlechtliche Beziehungen außerhalb der Ehe normal sind, konfrontiert, sondern ihnen wird per Gesetz mitgeteilt, daß die Mutterschaft nicht erwünscht ist. Diese Frauen erleben somit die Mutterschaft nicht als etwas Positives, das ihr Prestige und Ansehen erhöht, sondern als Problem. Damit werden ihre kulturellen Wertvorstellungen in

bezug auf ihr Frau-Sein völlig in Frage gestellt während ihres Aufenthaltes in der DDR. Es wäre in diesem Zusammenhang interessant zu untersuchen, wie die Frauen nach der Remigration damit umgehen.

Der starke Kontakt zu ihrer eigenen ethnischen Bezugsgruppe spielt dabei auch eine nicht zu unterschätzende Rolle in bezug auf ihr Verhalten in der DDR. Sie befinden sich ständig im doppelten Beziehungsfeld der eigenen Kultur zur deutschen Kultur. Die Männer der eigenen Ethnie beobachten sehr genau, wie sich ihre Frauen im Ausland bewegen und diese Beobachtung mit der damit verbundenen Bewertung ist nach der Rückkehr ins Heimatland von Bedeutung. Dessen ist sich die ausländische Frau in der DDR auch bewußt. Ein anderer Punkt, der dabei eine Rolle spielt, ist die starke soziale Bindung der Frau an die Familie beziehungsweise Großfamilie auf dem Land, die durch die Migration zerstört wird. Großfamilie bedeutet nicht nur Produktions- und Konsumtionseinheit, sondern auch soziale Absicherung und Kommunikationsstrukturen, die das Leben der Frauen bestimmen. Dabei spielen auch starke Kontakte zu anderen Frauen der Familie beziehungsweise des Ortes eine große Rolle. Der starke Bezug zur eigenen Ethnie - durch die ghettoisierte Unterbringung gefördert - ist oft auch der Versuch, die sozialen Bindungen im Ersatz wieder herzustellen. Johanne

Kehler



Mädchenporträt, Caroline Cober

Das Vietnambild in der DDR

Mit der Novemberwende drangen plötzlich Nachrichten von Ausländerfeindlichkeit an die Öffentlichkeit, die viele Menschen in der DDR überraschten oder sogar erschütterten. Neben Afrikanern und Polen richteten sich Angriffe vor allem gegen die etwa 50.000 in der DDR lebenden vietnamesischen Gastarbeiter. So wurden in Schwedt/Oder Vietnamesen in einer Kaufhalle angespuckt, vielerorts erschall der Ruf: "Die Fidschis kaufen uns alles (!) weg!" bzw. "Die Fidschis nehmen uns die Arbeitsplätze weg!"

In Berlin gründete sich die Deutsch-Vietnamische Freundschaftsgesellschaft der DDR, wobei von verschiedenen Gründungsmitgliedern ganz prononciert auf den notwendigen "Kampf" gegen Erscheinungen der Fremdenfeindlichkeit hingewiesen wurde.

Allgemein jedoch ist ein großes Informationsdefizit sichtbar geworden, insbesondere in Bezug auf die tatsächliche Lage, die Arbeits- und Lebensbedingungen der in der DDR weilenden Vietnamesen sowie der Kontraktbedingungen, unter denen sie in die DDR kamen. Weiterhin bezieht sich das Informationsdefizit auch auf Vietnam und die Vietnamesen überhaupt. In diesem Land existierte ein Vietnambild, das sich allgemein und etwas diffus aus den beiden Komponenten "Widerstandskrieg" und "Armut" zusammensetzte. Dieses Vietnam-Bild erwarb der "gewöhnliche" DDR-Bürger (sofern er sich also nicht speziell mit dem Lande beschäftigte) auch durch drei verschiedene Quellen:

1. Durch westliche, vor allem elektronische, Medien. In den vergangenen Jahren stand Vietnam vor allem in Verbindung mit dem Kambodscha-Konflikt bzw. aufgrund seiner Armut oder im Zusammenhang mit gelegentlichen Hungerskatastrophen im Mittelpunkt der westdeutschen



Strassenbild aus Hanoi: Etwa ein Drittel der Ausländer in der DDR kommen für ein paar Jahre zum Arbeitseinsatz aus Vietnam.

Berichterstattung. Das entspricht dem Grundmodell westlicher Informationen, für die die dritte Welt immer noch vor allem durch Kriege und Katastrophen gekennzeichnet ist, während sich eine ausgewogene, umfassende Berichterstattung erst allmählich durchzusetzen scheint.

Trotz dieser gewissen Einseitigkeit der Berichterstattung war diese immer noch aussagefähiger als gar keine - wie anders soll man das seit etwa 1981 als Reaktion auf die diplomatischen Normalisierungsbemühungen zwischen Berlin und Peking den DDR-Medien offiziell verordnete Schweigen zur Vietnam-Problematik bezeichnen!

2. Ein weiterer Punkt, der das Bild Vietnams in der DDR lange Jahre bestimmte, und es teilweise zu

einem Klischeebild verzeichnete, war das Thema "Vietnam-Solidarität".

Die Solidarität der DDR mit dem vietnamesischen Volk war eine stark ideologisch geprägte Solidarität. Sie diente einerseits dazu, den DDR-Bürgern "internationalistisches Bewußtsein" anzuerziehen, andererseits wurde der Sieg der indochinesischen Völker gegen die USA und deren verbündete Regimes im Jahre 1975 als globaler Sieg des sozialistischen Weltsystems gegen den "US-Imperialismus" gewertet und herausgestellt. Es gilt dabei allerdings zu bemerken, daß mit der Solidaritätsbewegung für Vietnam durchaus auch Emotionen geweckt und vertieft wurden, die in Zusammenhang mit der barbarischen Kriegsführung durch die USA gesehen werden müssen.

Während der Kambodscha-Konflikt und der chinesisch-vietnamesische Krieg von 1979 noch ein breites Echo in den DDR-Medien fanden ("Kampf gegen den Maoismus"), wurde die Berichterstattung über Vietnam seit etwa 1981 stark reduziert. Neben der Berücksichtigung chinesischer Interessen (wobei man wiederum als Ausgleich den Vietnamesen neue Hilfe versprechen mußte), war es vor allem der desolate Zustand der vietnamesischen Ökonomie, der das Bild vom "siegreich nach vorn marschierenden" Sozialismus beeinträchtigte.

Im Grunde genommen erschienen in den DDR-Medien seit Anfang der achtziger Jahre nur noch knappe zweitrangige Meldungen über den Besuch von DDR-Politikern, die Ü b e r g a b e v o n Solidaritätsgeschenken, die Abhaltung vietnamesischer Parteitage oder die heilsame Wirkung des grünen Tees.

3. Einen großen Teil ihrer Vorstellung über Vietnam gewannen die DDR-Bürger in zunehmendem Maße auch durch direkte Kontakte mit den immer zahlreicher werdenden Vietnamesen, die in der DDR arbeiteten, lernten und studierten. Auch hier hatte sich im Verlaufe der Jahre ein tiefgreifender Wandel vollzogen. In den Jahren des Widerstandskrieges hatten in der DDR vor allem Vietnamesen gelebt,

die hier zur Ausbildung weilten und die sich durch eine fast militärisch zu nennende Disziplin auszeichneten. Neben dem absoluten Verbot des Disco-Besuchs oder des Tragens langer Haare oder allzu "westlicher" Kleidung, wie Jeans oder Röcke, achteten die vietnamesischen Gruppenleiter auch streng darauf, daß keine zu engen, vor allem intime Beziehungen zwischen Vietnamesen und anderen Ausländern bzw. Deutschen zustande kamen. Bei Disziplinverstößen wurden die Vietnamesen wieder nach Hause geschickt, das bedeutete für die Jungen die Abkommandierung an die Front.

Nach 1975 änderte sich das. Nun kamen vor allem vietnamesische Arbeitskräfte, zunächst demobilisierte Soldaten, in die DDR. Ihr Hauptziel bestand darin, möglichst viel Geld zu verdienen, um davon Waren zu kaufen (vor allem Fahrräder, Mopeds und andere Konsumgüter), die sie mit nach Vietnam nehmen konnten, um sich mit dem Erlös eine wirtschaftliche Existenz aufzubauen. (Die DDR-Mark als Binnenwährung durfte ja nicht ausgeführt werden).

Durch ein sparsames Leben in der DDR und durch Nebenarbeit gelang es vielen Vietnamesen, eine bescheidene Zukunft für sich und ihre Familie zu sichern.

Als Hauptquellen des Nebenverdienstes, der oft den regulären Lohn überschritt, boten sich dabei der Handel (buon ban) und die Ausführung handwerklicher Arbeiten ("Hosennähen") an. Sowohl in Vietnam, als auch in der DDR befand sich der private und nichtöffentliche Handel aufgrund des staatssozialistischen Systems immer am Rande der Legalität, das sicherte ihm aber auch mitunter große Gewinnspannen, wobei wegen der sozialistischen "Mangelwirtschaft" im Grunde genommen alles zu einer seltenen Ware werden konnte. Vor allem im Devisen- und Goldgeschäft waren hohe Gewinne zu erzielen, allerdings war hier auch das Risiko größer als bei "normalen" Transaktionen. Dabei handelten die Vietnamesen sowohl untereinander (Kauf eines selten gewordenen

Damensportrades für 426 Mark plus "Trinkgeld" an den Verkäufer, Weiterverkauf für 500 bis 600 Mark), als auch mit anderen Ausländern und Deutschen.

Viele dieser Fragen haben sich mit der Währungsunion von selbst erledigt. Momentan scheinen die Vietnamesen beim Warenkauf sehr zurückhaltend geworden zu sein, können sie doch die D-Mark mit nach Hause nehmen oder gegen andere konvertible Währungen eintauschen. Das reduziert den Aufwand des Schickens einer Seekiste und gibt ihnen die Möglichkeit, ihr Geld zu Hause sinnvoll einzusetzen. DDR-Waren sind auch dort im Wert deutlich gesunken, seitdem der vietnamesische Kunde die Wahl zwischen japanischen, chinesischen und anderen Produkten hat.

Auch das Problem der Konkurrenz zwischen DDR- und vietnamesischen Arbeitnehmern ist nur vorübergehender Natur, da sich viele Betriebe darum bemühen, zunächst die ausländischen Arbeitskräfte abzubauen und möglichst schnell in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken.

In westlichen Ländern, wo teilweise schon seit dem Beginn unseres Jahrhunderts, zum Teil seit 1975 größere vietnamesische Gemeinschaften leben, treten die Vietnamesen zumeist nicht als direkte Konkurrenten für die einheimischen Arbeitskräfte in den Großbetrieben in Erscheinung, sondern bemühen sich zumeist darum, "Marktlücken" auszufüllen (handwerkliche Produktion, Reparaturgewerbe, Speiselokale, Asiatika-Handel u.v.a.m.).

Allgemein ist die zweite Generation der Einwanderer um eine solide Bildung bemüht, daher finden sich in Frankreich und in den USA, zunehmend auch in anderen westlichen Ländern, viele Vietnamesen in den freien Berufen (Ärzte, Rechtsanwälte) bzw. in der natur- und geisteswissenschaftlichen Forschung. Auf lange Sicht sind die Vietnamesen in ihren jeweiligen Exilländern eher eine kulturelle und ökonomische Bereicherung als eine sozialpolitische Bürde.

Das Problem der Ausländerfeindlichkeit bzw. des Fremdenhasses in der DDR ist ein kompliziertes und nuancenreiches Ursachen- und Wirkungsgefüge, das noch einer sozialwissenschaftlichen Aufarbeitung bedarf.

Vieles scheint dafür zu sprechen, daß die mangelnde Verarbeitung der gesellschaftlichen Umbruchsituation durch DDR-Bürger, Sozialängste und Frustrationen zu den oben beschriebenen Erscheinungen geführt haben. Damit sind diese Erscheinungen "deutsch" gesehen im historischen Kontext unserer Geschichte und deren mangelhafter Bewältigung. Sie ordnen sich aber auch in den allgemeinen Kontext der osteuropäischen Revolutionen und zunehmenden nationalistischen Erscheinungen und Praktiken in den einzelnen Ländern an, die die Gefahr von Konflikten in sich bergen, so wie sie auch im kritischen Vergleich zu Erscheinungen der Fremdenfeindlichkeit in den Ländern Westeuropas gesehen werden müssen.

Thomas Engelbert





NACHRUF

Vietnamesen in der DDR

1987 bewarb ich mich für die Tätigkeit als Wohnheimbetreuer. Ich suchte eine Arbeit in der Nähe meines Wohnortes. So konnte ich Familie und Beruf besser in Einklang bringen.

Von Ausländerarbeit hatte ich keine Ahnung. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ich kaum Berührungspunkte mit Ausländern. Ich hatte einmal eine Schulfreundin, eine Polin. Von Vietnam wußte ich nur, was wir im Fernsehen erfahren hatten, vom Krieg in Vietnam. Von den Staatsverträgen mit Vietnam und anderen Ländern wußte ich nichts. - Während meiner 3-jährigen Dienstzeit im Heim bekam ich auch keine Informationen darüber. In der ersten Zeit war ich verantwortlich für die Einkleidung der ankommenden Kollegen aus Vietnam. Sie zum Arzt zu begleiten, den Deutschunterricht und das Methodentraining (das sind Schnellkurse zum Erlernen der Nähtechnik) zu organisieren, gehörte ebenfalls zu den Aufgaben.

Im Laufe der Zeit spielten sich die betrieblichen Belange ein, so daß für uns vorrangig die Arztbesuche als Aufgabe übrig blieben. Um unseren Einsatz zu rechtfertigen, kam für uns die Kontrolle der Vietnamesen als Hauptaufgabe hinzu.

- Kontrolle im weitesten Sinne:

Wohnungskontrollen auf Sauberkeit

-Kontrolle über Vorhandensein von Fernseher, Vidiogeräte, Nähmaschinen, Fahrräder, Motorräder
-Schriftliche Erfassung dieser Dinge und Weitergabe an Zollfahndung

Postkontrolle

- Erfassung aller Postsendungen (Absender und Empfänger)
- Erfassen von Geldsendungen (Absender und Empfänger)
- Erfassung von Paket und Päckchensendungen (Absender, Empfänger)

Desweiteren wurden wir verpflichtet, sofort nach Bekanntwerden Schwangerschaften bei Vietnamesinnen an die Betriebe weiterzumelden. Für diese Frauen wurde sofort die "Rückführung" ins Heimatland beantragt.

All diese Kontrollmaßnahmen konnte ich noch irgendwie akzeptieren, aber bei dem zuletzt genannten Punkt wurden meine Gefühle als Frau und Mutter angesprochen und ich habe diese Gefühle nicht in Einklang mit der Anordnung bringen können. Nach einem halben Jahr meiner Tätigkeit kam ich auch mit dieser menschenverachtenden Maßnahme in Berührung und ich habe, nach Meinung der Leitung versagt. So steht es jedenfalls in meiner Kaderakte. Es steht auch in meiner Akte, daß ich deshalb ständig zu kontrollieren sei.

Im Herbst 1987 wurde bei uns das erste vietnamesische Kind geboren. Die Mutter kam schon schwanger in die DDR. Bei der "Einreiseuntersuchung" wurde die Schwangerschaft nicht entdeckt. Bis zu dem Zeitpunkt, wo eine Rückführung noch möglich gewesen wäre, hielt die Frau ihre Schwangerschaft geheim. Nachdem das Kind geboren war, kamen Mutter und Kind zurück ins Heim. Hier war natürlich nichts vorbereitet für diese Situation, Mutter und Kind

hielten sich im Krankenzimmer auf, als ich zum Dienst kam. Eine Kollegin kümmerte sich gerade um das Kind, die Mutter war total apathisch (sie litt unter einem Schock) und war nicht in der Lage, das Kind zu versorgen. Es war keinerlei Bekleidung vorhanden. Wir besorgten schnell einiges, aber die finanzielle Mittel waren sehr beschränkt. In meiner Nachbarschaft bat ich um einige Sachen und einen Wäschekorb und erhielt sie auch. Das Kind mußte in ein Krankenhaus eingewiesen werden. Wir versuchten, auch die Mutter mit unterzubringen. Das Krankenhaus informierte den Betrieb über die Maßnahmen, die nötig wären, damit das Kind schnell wieder zur Mutter kann: tägliche Besuche der Mutter im Krankenhaus; Klärung der Lohnzahlungen für die Zeit der Nichtberufstätigkeit der Mutter; Unterbringung von Mutter und Kind nicht in einem Massenquartier; Aufstellen eines Kinderbettes und Bereitstellung eines Kinderwagens. Ich begleitete die Mutter in den ersten 4 Wochen täglich ins Krankenhaus, meist in meiner Freizeit, da das Betreuerkollektiv sich schon von Anfang an geweigert hatte, Verantwortung in diesem Fall zu übernehmen. Nach einiger Zeit konnte die Mutter dann das Kind selbständig besuchen und ich fragte den Stationsarzt nach der Möglichkeit, das Kind für das Wochenende nach Hause zu beurlauben. Der Arzt hielt eine Beurlaubung ins Heim nicht für günstig, war aber mit einer Beurlaubung in meine Wohnung einverstanden. Ich informierte darüber den Betrieb, der untersagte mir dieses Vorhaben! Ich wurde über den Plan des Betriebes unterrichtet: Schnellstmögliche Buchung eines Fluges, sobald Mutter und Kind flugtauglich sind. Das Kind vom Krankenhaus direkt zum Flugplatz und Abtransport beider in die Heimat. Diese Vorgehensweise des Betriebs schockierte mich sehr! Einerseits wurde uns immer soviel von Solidarität und Menschenwürde erzählt, andererseits diese Handlungsweise. Der Stationsarzt

beruhigte mich und half mir. Er meinte, daß er entscheiden müsse, wann das Kind flugtauglich sei. Erst einmal bekam das Kind Wochenendurlaub zu mir nach Hause. Und damit begann alles. Es war das erste Mal, daß ich nicht das tat, was man von mir erwartete, sondern daß ich nach meinem Gewissen handelte. Diese Wochenenden wiederholten sich nun bis Weihnachten. Aber es wurde für die Mutter immer unerträglicher, ihr Kind immer wieder weggeben zu müssen. Sie war jetzt auch durchaus in der Lage, das Kind selbst zu versorgen. Ich sprach mit dem Arzt darüber, der sich daraufhin mit dem Betrieb in Verbindung setzte. Der Betrieb hatte keine der Auflagen erfüllt, die das Krankenhaus verlangt hatte, er wollte das Problem lieber abschieben. Doch das Krankenhaus übte Druck auf den Betrieb aus, so daß eine Kollegin, die zu dieser Zeit eine Einraumwohnung im Wohnheim bewohnte (unrechtmäßig) diese Wohnung von einem Tag zum anderen räumen mußte. Dadurch wurde natürlich der Haß gegen diese Vietnamesin geschürt, obwohl sie wirklich nichts dafür konnte. Doch der Haß richtete sich auch gegen mich.

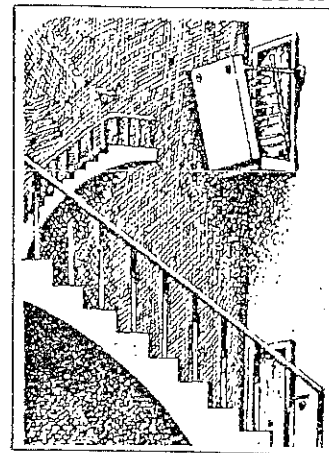
Die Vietnamesin besuchte mich nun regelmäßig. Sie blieb über Weihnachten und Silvester bei uns und es entwickelte sich eine enge Freundschaft zwischen unserer Familie und ihr. Sie fühlte sich bei uns wohl. Bis Anfang Februar waren die finanziellen Fragen sowie auch die praktischen wie Bett und Kinderwagen immer noch nicht geklärt. Das Kind schlief nun in einem alten Kohlenkorb, da der alte Wäschekorb nun zu klein war. Unsere Familie und die vietnamesischen Kollegen unterstützen sie mit Geld. Eine Abschiebung der beiden war immer noch auf dem Plan. Ich informierte den leitenden Kinderarzt im Wohngebiet von der Absicht des Betriebes und den Folgen für Mutter und Kind (z.B. daß die Ernährung des Kindes in Vietnam fast unmöglich wäre, denn eine Packung Milasan kostet etwa 1

Monatsgehalt dort, das würde den sicheren Tod des Kindes bedeuten). Der Kinderarzt versicherte mir, daß er das Kind nicht flugtauglich schreibt, bevor es nicht milchunabhängig ist. Inzwischen verbot mir der Betrieb den Kontakt mit der Vietnamesin, weil ihn mein Engagement für diese Frau störte. Ihr wurde verboten, mich zu besuchen. Sie sollte das Wohnheim nur zu Spaziergängen bzw. zum Einkaufen verlassen dürfen. Nach 18 Uhr durfte sie das Haus überhaupt nicht mehr verlassen und das wurde auch in schöner Regelmäßigkeit 2mal am Abend kontrolliert. Wir mußten also andere Möglichkeiten finden, uns zu sehen, doch es mußte heimlich passieren und das war natürlich nicht sehr schön für uns. Es hätte große Schwierigkeiten gegeben.

Natürlich versuchte man mir das Leben schwer zu machen. Ich wurde bis an die eigene Wohnungstür hin kontrolliert. Man zog mir Geld vom Lohn ab, versuchte mir die Arbeit zu erschweren. Alles was ich für die Vietnamesin tat, mußte ich heimlich tun.

Im April 1988 sollten nun Mutter und Kind endgültig nach Hause gehen. Wieder versuchten wir dagegen zu kämpfen mit Briefen an den Kombinatdirektor mit der Bitte, daß Mutter und Kind nur ihren Urlaub in Vietnam verbringen und die Mutter dann in die DDR zurückkehren kann. Wir hatten Erfolg, Betrieb und Botschaft hatten sich geeinigt. Der Urlaubsflug wurde vorbereitet. Zwei Tage vor Flugantritt wurde durch die vietnamesischen Gruppenleiter diese Entscheidung rückgängig gemacht. Das hieß Endausreise mit 20kg Handgepäck. Keine Möglichkeit alle Sachen mit nach Hause zu nehmen. Es konnte nichts mehr dagegen getan werden. Beide mußten nach Vietnam zurück. Da das Kind unehelich geboren wurde und der Kindesvater sich nicht zu Mutter und Kind bekannte, blieb dieser vietnamesischen Mutter nur ein Ausweg. Sie muß ihr Kind in Vietnam weggeben, um wieder in ihre Familie aufgenommen zu werden. Sie bekam in Vietnam keine Arbeit, um

sich und das Kind zu ernähren. Mehrere Briefe mit Hilferufen von ihr kamen noch aus Vietnam. Was ich durch andere über das Schicksal der beiden erfahren haben, macht mich traurig und wütend zugleich. Ich habe in der Folgezeit weiter versucht, zu helfen, wo ich konnte. Seit der "Wende" ist es mir möglich geworden, das offen zu tun, was ich so lange heimlich tun mußte. Und ich habe Verbündete gefunden, die sich auch dieser Sache verpflichtet fühlen. In dem Beratungszentrum, das durch diese Verpflichtung, helfen zu müssen, entstanden ist, wollen wir helfen, die Rechte dieser Menschen durchzusetzen. Es gibt uns immer wieder neue Kraft, Menschen zu finden, die ähnlich denken und ihr möglichstes tun, um Unrecht zu verhindern. - Unrecht, welches zur Zeit in den Betrieben tausendfach praktiziert wird. - Unrecht, das viele Menschen in der DDR aus Angst um ihre eigene Zukunft, aus Angst teilen zu müssen begehen. Die DDR-Bürger haben Angst vor ihrer Zukunft, obwohl sie die Möglichkeit hatten selbst zu wählen was sie für eine Zukunft wollen.



Den hier arbeitenden ausländischen Mitbürgern gab man dieses Recht nicht. Sie haben Angst um ihre Zukunft und um ihr Leben, das in dieser Zeit oft in Gefahr ist. Es wäre gut, wenn noch mehr Menschen sich fänden, die bereit sind, gemeinsam mit unseren ausländischen Mitbürgern eine Zukunft aufzubauen. Es wäre gut, wenn es noch mehr Menschen gäbe, die sich nicht nur um die eigene Zukunft sorgen. Wir sollten bedenken, daß wir alle auf einer Erde leben und daß die Zukunft unserer Nachbarn auch unsere eigene ist.

Tamara Hentschel



In Deutschland 1990

Dritte Welt - Wie weiter?

In vielen Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften über Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika taucht ein Wort immer wieder auf: Angst. Es gibt da eine sehr einfache Theorie. Die Investitionen fließen nach dem Zusammenbruch des Sozialismus nun in die osteuropäischen Länder, da dort Märkte, industrielle Grundlagen und Fachkräfte vorhanden sind. Die Kapitalisten haben keine Heimat, sie gehen dorthin, wo der Profit ist. Man weiß allerdings nicht, ob sich das wirklich so entwickeln wird, da die Märkte und die Rohstoffe in der dritten Welt noch nicht erschöpft sind, obwohl es bereits eine tiefe ökonomische Krise gibt.

Aber Wirkungen hat es auf jeden Fall. Wir sehen das jetzt schon auf der politischen Ebene in Afrika. Es gibt überall Bewegungen, die Leute sind auf der Straße, in Elfenbeinküste, Gabun, Benin, in Senegal schon seit 1980. Auf der anderen Seite gibt es Angst. In der Presse wird sehr wenig über die Veränderungen in Osteuropa geschrieben, d.h. man will verhindern, daß das ein Vorbild wird für manche Länder in Afrika. Die USA bemühen sich jetzt auch, bei uns zu investieren, aber die Bedingungen sind nicht entsprechend. Um für die USA profitabel zu sein, müßten bei uns Betriebe geschlossen, Löhne gesenkt und die Gewerkschaften entmachtet werden. Das wurde auch versucht, aber die Leute sind auf die Straße gegangen. Bis jetzt ist das Kommende nicht abzusehen.

Als einfacher Mensch und als Humanist hoffe ich, daß in dieser Situation neue Überlegungen angestellt werden, wie die Menschheit in Zukunft mit mehr Toleranz zwischen Mensch und Mensch wie auch zwischen den Ländern bestehen kann. Als Ausländer in der DDR wünsche ich mir, daß ich mein Studium beenden kann, um dann nach Hause zu fliegen, die wichtigen Aufgaben sind dort.

Meine besonderen Wünsche für die dritte Welt: Wir stehen vor dem Kollaps, und das ist eine sehr große Gefahr nicht nur für uns. Wir haben immer gesagt, die Raketen, die Atombomben,.. aber was sich da in der dritten Welt ansammelt, ist auch eine Gefahr für die Welt. Wenn man hier keine Lösung sucht, wird man dort bald eine sehr große Atombombe haben.

Maodo Dieye

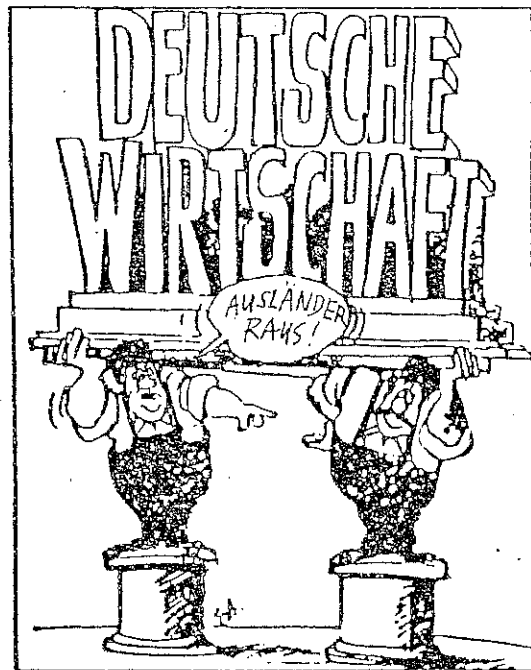
Gegen Unternehmerwillkür und Fremdenfeindlichkeit in der Wirtschaft

Berlin (rw.) Frauen, Schwerbehinderte und Ausländer sind auch in der DDR die am häufigsten von Arbeitslosigkeit Betroffenen.

Die Staatssekretärin für Ausländerfragen, Almut Berger, wandte sich am 14. 08. 1990, in Berlin gegen die in der Wirtschaft auftretende Fremdenfeindlichkeit in der DDR, die dann entsteht, wenn Einrichtungen und Betriebe Ausländer gegen Recht und Gesetz entlassen oder Wohnheimplätze in Bodenlose verteuern. Entschieden müsse der Auffassung widersprochen werden, Ausländer würden Deutschen die Arbeitsplätze streitig machen. Darin einig ist sie sich auch mit der Beauftragten der Bundesregierung für die Integrierung der ausländischen Arbeitnehmer, Lisselotte Funcke, die aus der Aufschlüsselung der jüngsten Arbeitslosenzahlen ermittelte, daß mehr als drei Viertel aller deutschen Erwerbslosen, nämlich Frauen, Angestellte, Spezialisten, 59-jährige und Behinderte nicht in Bereichen beschäftigt werden können, in denen die Mehrzahl der Ausländer tätig ist, wie z. B. im Hoch- und Tiefbau, im Bergbau, in Gießereien, in der Fahrzeugmontage, bei der Müllabfuhr und in Nachtschichtbetrieben. Gerade auch wegen der demokratischen Entwicklung in Deutschland und in der EG könnten diese Arbeitskräfte der Wirtschaft sehr bald fehlen.

Rund 14.000 ausländische Arbeitnehmer, die in Zeiten des chronischen Arbeitskräftemangels auf Grundlage von Regierungsabkommen ins Land geholt worden waren, haben seit Januar 1990 die DDR verlassen. Wie das Ministerium für Arbeit und Soziales mitteilte, befinden sich noch 54.000 Vietnamesen, 13.900 Mosambiquaner, 950 Angolaner, 5.000 Kubaner und 6.200 Polen, von denen eine große Anzahl bereits die Kündigung in der Tasche hat, in der DDR.

Angeworben, etwa wie ihre türkischen oder jugoslawischen Kollegen in der Bundesrepublik, haben sie Arbeitskräftelücken gefüllt und damit auch Ansprüche erworben, wie jeder andere Werktätige auch. Früher waren sie den Planerfüllungsbetrieben willkommen und heute sind sie bei den Ex- SED- Wirtschaftskapitänen, den Unternehmern, nicht mehr erwünscht. Obwohl sie sich bis zu 5 Jahren verpflichten mußten, in der Heimat bescheidene Behausungen und Erwerbsquellen aufgaben, sind sie jetzt zu einer vorzeitigen Rückkehr in die Ungewißheit gezwungen, wenn ihr deutscher Arbeitgeber vor der Pleite steht. Für viele bedeute dies aber auch eine Trennung von ihrer Familie auf längere Zeit. Jetzt müssen sie in ihre Heimat zurückkehren,



was für viele einen völligen Neuanfang, ein Hinten-Anstellen, sozialer Abstieg und bittere Not angesichts der vielen Erwerbslosen in Vietnam und Mocambique bedeutet.

Frau Berger ist es in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien gelungen, die Regierungsabkommen mit ihren Partnern zu modifizieren. Im Zuge der Krise blieb keine andere Wahl, um die Betriebe bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten von der 5-Jahres-Beschäftigungs- und Zahlungspflicht zu befreien. Eine Verordnung vom 18. 07. 1990 (erschieden im Gesetzblatt I, Nr. 46, S. 813 vom 3. 8. 1990) regelt die finanzielle Ausgleichszahlung bei vorzeitiger Beendigung der Beschäftigung eines ausländischen Bürgers in DDR-Unternehmen.

Danach ist mindestens für drei Monate 70 % des bisherigen Nettodurchschnittslohnes zu zahlen, wenn eine Weiterbeschäftigung, egal in welchem Betrieb, nicht mehr gewährleistet werden kann. Für die Zeit bis zur Abreise, die der Beschäftigungsbetrieb ebenfalls zu zahlen und zu organisieren hat, muß die Unterbringung vom Betrieb in einem Wohnheim gewährleistet werden.

Um die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt der Heimat zu erleichtern und um keine Benachteiligung gegenüber den Weiterbeschäftigten oder Hierbleibenden zuzulassen, ist zusätzlich eine Unterstützung in Höhe von mindestens 3.000 DM zu zahlen.

Bei Zahlungsunfähigkeit der Unternehmen springt der Staat ein, der damit die Verantwortung für völkerrechtliche Verträge übernehmen muß. Diese Lösung geht vom Gleichheitsgebot aus, versucht eine finanzielle Abfederung, begünstigt individuelle Regelungen und ist damit eine sozialverträgliche kostengünstige Variante zur Senkung des Personalbestandes. Für den Ausländer bleibt, wie für seine arbeitslosen DDR-Kollegen, die Unsicherheit und das Manko in der wirtschaftlichen Lebensplanung. Sein deutscher Kollege kann immerhin noch auf durch Arbeit erworbene Rechte wie Arbeitslosenunterstützung und Rentenanspruch verweisen. Die Vietnamesen mußten bis dato immerhin 12 Prozent ihres Verdienstes an ihren Staat abführen. Erst jetzt ist es ihnen freigestellt. ❏

Wohnsitznahme

Berlin (rw.) Zum Ausländergesetz vom Juni 1979 wurde jetzt eine Durchführungsverordnung erlassen, die Wohnsitzverordnung vom 11. Juni 1990. Danach können Ausländer den ständigen Wohnsitz bzw. den länger befristeten Aufenthalt in der DDR beantragen. Das kann schriftlich bei den Botschaften oder Konsularvertretungen oder bei den Polizeidienststellen des Paß- und Meldewesens geschehen (wenn sich der Antragsteller rechtmäßig länger als 6 Monate in der DDR aufgehalten hat). Als Gründe werden anerkannt: eine Ehe oder eine bevorstehende Ehe mit einem/r DDR-Bürger/in, Familienzusammenführung, Berufsausbildung, Berufsausübung oder das Studium.

Zur Antragstellung gehören ein entsprechendes Formular, ein polizeiliches Führungszeugnis oder ähnliches Dokument aus seinem bisherigen Wohnort, was entfällt, wenn der Antragsteller 6 Monate rechtmäßig in der DDR weilte. Außerdem sind einzubringen: ein Lebenslauf, ein Lebensunterhaltsnachweis, z. B. auf Vermögen oder Arbeit bzw. regelmäßige Einkünfte sowie ein Nachweis über angemessenen Wohnraum bzw. Unterkunft in Gemeinschafts- oder Beherbergungsstätten.

Die Zustimmung des Herkunftslandes ist nicht erforderlich.

Beim ständigen Wohnsitz wird eine Aufenthaltsgenehmigung von 2 Jahren erteilt, die im Paß eingetragen wird. Nach Negativbescheid kann innerhalb von 14 Tagen Beschwerde eingelegt werden. Für den Verwaltungsakt werden Gebühren erhoben. Kosten der Anweisung muß der Antragsteller selbst tragen. Eine gerichtliche Nachprüfung aller Entscheidungen ist möglich. ❏

Ausländerfeindlichkeit

Berlin.(ak.) Das Büro der Ausländerbeauftragten beim Magistrat von Berlin ist zutiefst besorgt und empört über die wachsende Ausländerfeindlichkeit in Berlin, die ihren Ausdruck darin findet, daß sich Übergriffe auf ausländische Bürger durch rechtsextremistische Gruppen häufen. So wurden innerhalb der letzten drei Tage zwei afrikanische Bürger aus Mocambique und Madagaskar Opfer solcher Straftaten. Beide Opfer wurden durch Messerstiche gefährlich verletzt und liegen im Krankenhaus. Letzterer wurde am späten Nachmittag (gegen 18.00 Uhr) in der S-Bahn (Frankfurter Allee) angegriffen.

Fremdenhaß und Rassismus stehen jedoch im Widerspruch zu den Zielen, für die die BerlinerInnen in den Oktobertagen auf die Straße gegangen sind. In einer weltoffenen Stadt darf es keinen Platz für Ausländerfeindlichkeit und Rassismus geben. Deshalb werden alle BerlinerInnen aufgerufen, mitzuhelfen, solche Straftaten zu verhindern.

An die Angehörigen der Volkspolizei wird appelliert, die Aktivitäten dieser Gruppen zu unterbinden, denn auch ausländische Bürger haben ein Recht darauf, geschützt zu werden. ❏



Bericht über eine Rüstzeit mit ausländischen Bürgern

Die einwöchige Rüstzeit für Ausländer, zu der die Leipziger Mission in den Falkhof nach Eisenach eingeladen hatte, war stark geprägt von der komplizierten Situation, in der sich unsere ausländischen Mitbürger derzeit in unserem Land befinden.

Auf interessante Gespräche und viele fremde Gesichter gespannt, gewillt, mich anstecken zu lassen vom Singen, Tanzen, von afrikanischer Fröhlichkeit im Glauben fuhr ich Anfang Juli nach Eisenach. Die erste Überraschung: Über 20 Anmeldungen hatte Ausländerbeauftragter Braun bestätigt. Tatsächlich kamen 3 Angolaner aus Hildburghausen, d. h. wir waren insgesamt zu fünf! Vermutlich mußten die meisten der Angemeldeten bedingt durch die Unsicherheit an

ihrem Arbeitsplatz oder in Aussicht stehende Entlassung auf ihren Sommerurlaub verzichten. Wir versuchten, die Chancen, die solch eine kleine Gruppe bietet, zu nutzen und fanden bei Ausflügen in Eisenachs Umgebung, beim gemeinsamen Spielen, Kochen und Planen usw. gute Möglichkeiten zum Kennenlernen und zu Gesprächen: über Erfahrungen und Enttäuschungen am Arbeitsplatz, in der Gemeinde, über Familie, die Stellung von Mann und Frau in Afrika und Europa, über Pläne und Aussichten für die Zukunft... Was wir nach und nach über die Situation in Angola erfuhren, läßt mich ahnen, warum alle drei zur Zeit nicht nach Hause zurückkehren möchten, trotz ihrer Probleme in unserer mit sich selbst so sehr beschäftigten Gesellschaft. Es hat mich schockiert, daß wir von jungen Männern mit Selbstverständlichkeit die Rückkehr in ein Land erwarten, in dem der anhaltende Bürgerkrieg unvorstellbar viele Tote fordert (Angola kennt keine Alternative zum Wehrdienst!).

An einem Nachmittag hatte uns eine andere Rüstzeitgruppe eingeladen, um etwas über die Situation der Ausländer bei uns zu erfahren. Herr Braun konnte dazu viele Informationen geben, über Fakten und Erfahrungen in der Ausländerarbeit berichten. Abel, Sebastiao und Zeca erzählten mit einiger Mühe von ihrem eigenen Erleben. Die folgende Möglichkeit zum Fragenstellen und Meinungen austauschen wurde von den Jugendlichen fast nicht genutzt.

Betroffenheit, Interessenlosigkeit, Hemmungen - was war die Ursache? Ich fand diese Stunde bezeichnend für viele Begegnungen dieser Art. Man informiert sich, zeigt guten Willen, aber die Fremdheit, Unsicherheit bleibt bestehen, bzw. wird erst bewußt, von Gemeinschaft kann keine Rede sein - noch keine Rede sein?

Auf dieses noch hoffe ich: daß sich Gedanken zu regen beginnen, Mut zum Abbau der Berührungängste und Ideen kommen.

Am liebsten denke ich an den portugiesischen Gottesdienst, den mocambiquanische Christen jeden Sonntagabend in Eisenach feiern, solange sie noch bei uns sind. Ich behaupte, daß es trotz der Tatsache nichts verstehen zu können für "Inländer" aufregender ist, einen "ausländischen" Gottesdienst zu erleben als umgekehrt! Ich hatte den Eindruck, daß statt der Traditionen Selbständigkeit und Glaubensgewißheit für das Christsein bestimmend sind. (Ein Geheimtip für Junge Gemeinden und jeden, den es interessiert!)

Anke Huhn

Chance eines tatsächlichen Neuanfangs in Deutschland

Mit einem Memorandum zur grundsätzlichen Sicherung von Minderheitenrechten wandte sich

der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma an Bundeskanzler Helmut Kohl und den Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maiziere. Der Zentralrat erinnert dabei an die Verantwortung der deutschen Regierungen, diejenigen Minderheiten in besonderer Weise zu schützen, die im 3. Reich Opfer eines in der Geschichte einmaligen Völkermordes wurden.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma bezeichnet die jetzt im Prozeß der deutschen Einigung mögliche und notwendige staatliche Anerkennung von Sinti und Roma als einer eigenständigen deutschen Volksgruppe als Chance für einen tatsächlichen Neuanfangs in Deutschland nach der Erfahrung des 3. Reiches und nach der fortgesetzten Diskriminierung von Sinti und Roma in der Bundesrepublik Deutschland.

Gerade im gegenwärtigen Prozeß der Einigung Deutschlands, der bei Sinti und Roma untrennbar auch mit den Ängsten und den leidvollen Erfahrungen des Völkermordes im 3. Reich verbunden ist, muß in der deutschen Verfassung jetzt der Schutz von Minderheiten gewährleistet werden. Dies ist erforderlich insbesondere angesichts von neuem Rassismus, Antisemitismus und der Unterdrückung nationaler und ethnischer Minderheiten in West- und Osteuropa, von der Sinti und Roma unmittelbar betroffen sind.

Ziel des Memorandums ist es, die ethnische Minderheitengruppe der Sinti und Roma als deutsche Volksgruppe mit eigener Geschichte und Kultur ausdrücklich anzuerkennen und Schutz und Förderung zu gewährleisten.

Die grundsätzliche Rechtsstellung von Minderheiten soll in der deutschen Verfassung im Bereich der Grundrechte verankert werden. Das Grundgesetz gewährleistet gegenwärtig die individuelle Gleichberechtigung von Sinti und Roma, läßt jedoch die kollektive Diskriminierung und Benachteiligung zu, da gegenüber der gesamten Gruppe kein kollektiver Schutz besteht. Dieser Schutz soll jetzt verfassungsrechtlich positiv für die alteingesessenen Minderheiten in Deutschland geschaffen werden. Zu diesen nationalen Minderheiten zählen neben Sinti und Roma die Dänen und Friesen, sowie die in der DDR bereits als nationale Minderheit anerkannten Sorben.

Als wesentliche Bestandteile eines Minderheitenstatus fordert der Zentralrat vertragliche Regelungen mit den Minderheitenorganisationen zur Anerkennung und Förderung ihrer Eigenständigkeit. Gleichzeitig soll ein gesetzlicher kollektiver Schutz vor Diskriminierung und Benachteiligung geschaffen werden. Durch einen "Beauftragten des Bundestages für die Minderheiten" sollen die Interessen der Minderheiten umfassend gewährt und geschützt werden.

Zur Teilnahme an den politischen Entscheidungsprozessen schlägt der Zentralrat vor, eine permanente "Kommission für Minderheiten" im Deutschen Parlament einzurichten, in der neben parlamentarischen Vertretern aller Parteien die Organisationen der Minderheiten direkt und federführend repräsentiert sind.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma fordert die Bundesregierung auf, mit der Schaffung eines Minderheitenrechtes jetzt die Initiativen der KSZE-Konferenz von Kopenhagen in der Bundesrepublik Deutschland einzulösen und gleichzeitig ein Modell für die Anerkennung von Sinti und Roma in Europa zu schaffen.

Der Wortlaut des acht Seiten umfassenden Memorandums kann beim Zentralrat Deutscher Sinti und Roma angefordert werden (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma Blutschlustr.4, 6900 Heidelberg).

SEIT 1986: TREFFPUNKT AUSLÄNDER im "GRÜNEN SALON"

Die braunen Stufen der breiten Treppe hinauf zum "Grünen Salon", dem Treffpunkt des Ausländerkreises der Leipziger Mission, knarren beim Betreten und kündigen Besucher

geräuschvoll an. Im "Grünen Salon" selbst, der grünpolsterten Sitzmöbel wegen so genannt, warten Gemütlichkeit und der Ausländerbeauftragte der Leipziger Mission, Dieter Braun (Paul-List-Str. 19, Leipzig 7010, Tel. 32 60 47) auf Gäste. Die meisten kommen später als zum verabredeten Zeitpunkt, doch das stört hier niemanden. Nach anfänglicher Scheu ergeben sich schnell Gespräche und bei Kekes und Tee kommt das vorbereitete Programm zum Zuge. Diesmal steht die aktuelle Situation im Mittelpunkt.

F. aus Mocambique, als begabter Sänger in der Gemeinde Grünau aktiv, berichtet von Aggressionen gegenüber schwarzen Mitbürgern. Man meint sich plötzlich in eine andere Welt versetzt. Leipzig-Grünau wird zu Manhattan: "Wir gehen abends nur noch in Gruppen aus. Allein ist es zu gefährlich. Grünauer Jugendliche lauern uns mitunter auf, gehen hinter uns her, beschimpfen und provozieren uns. Mein Freund wurde kürzlich in der S-Bahn mit einer Kette blutig geschlagen." Und M. (Tansania) fügt hinzu: "Ich verstehe einfach nicht, was da geschieht. Wir tun doch niemandem etwas zuleide, wir gehen unserer Arbeit nach und auch in unserer Freizeit



Demonstration in Berlin 1990

fallen wir nicht negativ auf. Seit einiger Zeit hocken wir sowieso fast nur noch in den engen Wohnheimen und gehen uns gegenseitig auf die Nerven."

Andere berichten von Ängsten um Studien- oder Arbeitsplatz oder von persönlichen Schwierigkeiten mit Sprache und Kultur. Unsicherheit und Ratlosigkeit spricht aus ihren Worten, zeigt sich in ihren Augen und durch ihre Gesten.

Und dennoch fehlt auch ein freundliches, hoffendes Lächeln nicht, welches wohl die vertrauensvolle Atmosphäre des Kreises auslöst. Seit 4 Jahren lädt die Leipziger Mission zu regelmäßigen Begegnungen in den "Grünen Salon" ein.

Die Erfahrungen des Mitarbeiterteams während dieser Jahre sind von Höhen und Tiefen gekennzeichnet, die Tendenz jedoch ist positiv. Kontakte des Tansania-Referates mit in der DDR lebenden Tansaniern förderten die Idee einer zentralen Begegnungsstätte. Vor allem persönliche Kontakte prägten die Anfangszeit. Alles Neue muß den Weg zwischen Enthusiasmus und Ablehnung zu Beständigkeit finden. Der "Grüne Salon" weiß davon zu berichten: schwankende Zahlen, ständig neue Gesichter und verschiedene Gestaltungskonzepte. Der geduldige und engagierte Einsatz der Mitarbeiter bringt inzwischen Früchte.

So besucht ein gewisser verlässlicher Stamm die Treffen. Und das sind längst nicht mehr nur Tansanier, das Nationalitätenspektrum hat sich erweitert. Einträchtig sitzen sie beieinander. Dann werden Dias gezeigt, Themen besprochen, Länder vorgestellt, Gäste empfangen und Feiern veranstaltet. Bei den Feiern steht oft gemeinsam Kochen im Mittelpunkt und das bürgt für besonderen Spaß, weil nicht abzusehen ist, was die Laienköche fabrizieren. Überraschungen bleiben da nicht aus.

Als gelungen dürfen auch die Rüstzeiten mit und für Ausländer betrachtet werden und besonders wertvoll sind die Einsätze verschiedener Mitglieder des "Grünen Salons" bei Gemeindeveranstaltungen, Jugendtagen und ähnlichen Anlässen.

In guter Erinnerung dürften vielen noch die Auftritte der Chöre von Angolanern und Mocambiquanern während des letzten Kirchentages sein.

Wie gut das Verhältnis zwischen Mitarbeitern und Besuchern des "Grünen Salons" ist, zeigen zahlreiche Telefonate oder persönliche Begegnungen, in denen unsere ausländischen Mitbürger um Rat und Hilfe unterschiedlicher Art nachsuchen. Dieses gewachsene Vertrauensverhältnis ist mutmachend und

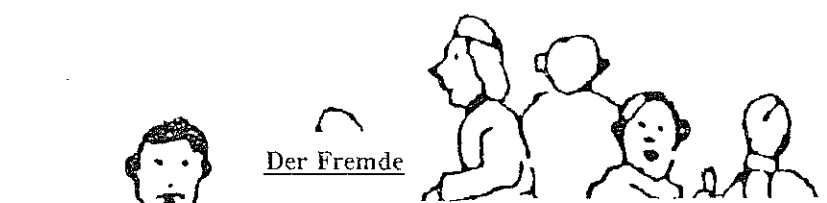
verpflichtend zugleich. Hilfe zu geben wird mittlerweile einfacher, da die Zusammenarbeit mit den städtischen Organen (Ausländerbeauftragter, usw.) nach anfänglichen Schwierigkeiten verbessert werden konnte. So gelangen neueste Informationen schnell an jene, die es betrifft.

Mit dem "Cafe Regenbogen" der Studentengemeinde (seit einem Jahr) und der Bethanien-Gemeinde existieren weitere wichtige Anlaufpunkte. Zu wünschen bleibt, daß sich noch mehr örtliche Gemeinden engagiert um die Integration ausländischer Mitbürger mühen und Offenheit gegenüber der anschwellenden Ausländerproblematik zeigen. Eine neue günstige Gelegenheit dazu ist die "Woche des ausländischen Mitbürgers" vom 23. - 29. September.

Noch einmal knarren an diesem Abend die Stufen der geschichtsträchtigen Treppe. Aber ich achte nicht darauf, bin in Gedanken versunken. Das Gesagte beschäftigt mich. Was würde ich selbst empfinden und tun in der Situation z. B. des Grünau-Mocambiquaners F.? Als er mir wenig später fest die Hand drückt, ahne ich etwas von der Wichtigkeit der Existenz dieses Kreises für ihn und seine Freunde.

Thomas Weigel



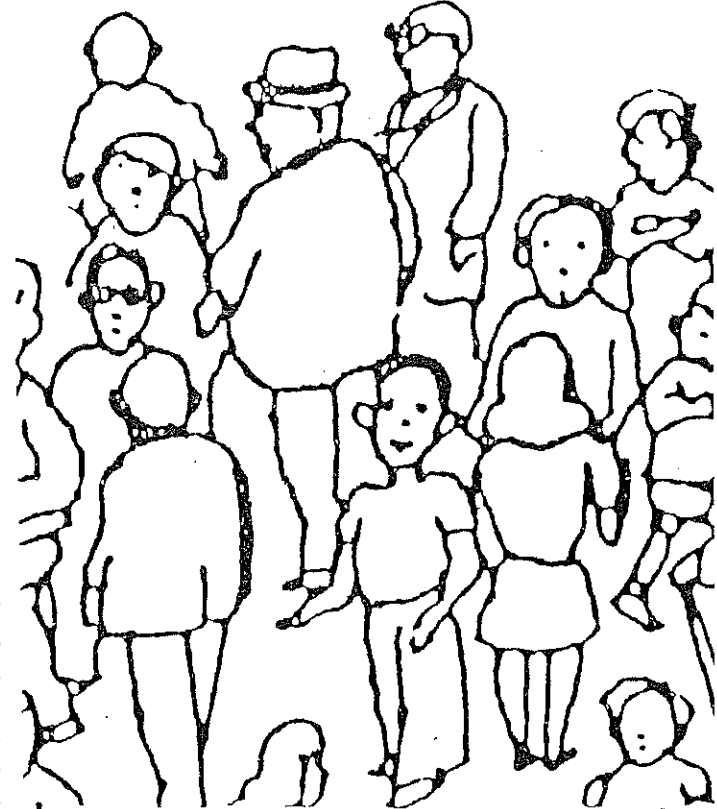


Der Fremde

Wenn Frau Kulicke auf der Treppe einem Chinesen begegnet, dann kommt sie ganz aufgeregt nach Hause und erzählt: "Wohnt eigentlich ein Chinese im Haus? Eben bin ich auf der Treppe ..." Da klingelt es. Sie öffnet: der Chinese. Um Gottes willen! Was-? Der Chinese möchte ein Zimmer mieten. Etwas mißtrauisch läßt sie ihn herein, der Chinese sieht das Zimmer an, es gefällt ihm (er hat noch nicht das berliner Guckauge für solche Dinge; wäre ich dabei gewesen, hätte ich ihm einiges zeigen können) - er mietet, er zieht ein. Der Chinese wird ein unerschöpfliches Gesprächsthema.

Der Chinese vertritt für Frau Kulicke China. Ungeahnte Möglichkeiten erwägt sie in ihrem Hirn, Opiumhöhlen, ausgerissene Seeräuberzöpfe, kleine Geishas (die liegen bei Frau Kulicke in der chinesischen Schublade); aber inmitten dieses asiatischen Brodelns ist eines sicher: China und der Chinese - das ist ein und dasselbe.

Und Frau Kulicke ist nur eines von hundertausenden Exemplaren: jeder Fremde vertritt für die meisten Menschen sein ganzes Land, seine Regierung und seinen Fürsten. Die Franzosen in Deutschland haben bekanntlich alle noch vor kurzer Zeit Privat- und Spezialaufträge von Herrn Poincare gehabt; die Deutschen vor dem Kriege waren Abgesandte des Kaisers; auf jedem Russen lag früher der Abglanz des Zaren (den er vielleicht nie gesehen hatte) - der Fremde vertritt für die meisten Leute immer noch seinen Staat. Und keiner kommt auf den naheliegenden Gedanken, daß der Fremde zu Hause genau so ein unnützes, beiseite geschobenes Ding sein

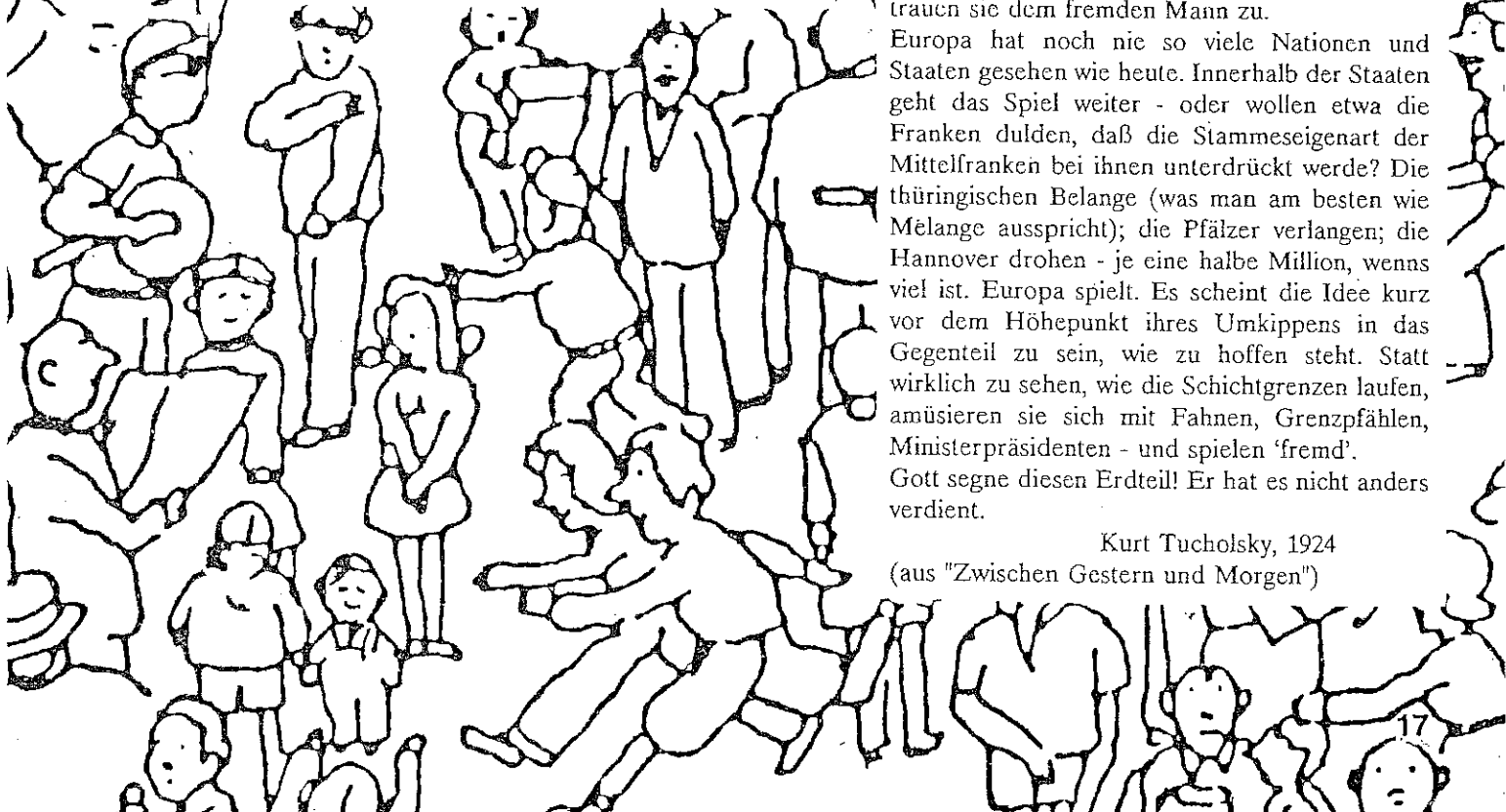


könnte wie der Betrachter; daß sich sein Staat so wenig aus ihm macht wie der unsre aus uns (neulich war in einem Erlaß über die Befreier dieser Verfassung zu lesen: "Es sind auch Kreise der Bevölkerung hinzuzuziehen...") jeder tut immer noch so, als käme der mächtige Volksgenosse eines völlig geschlossenen fremden Stammes zu uns - und nicht der kümmerliche Bestandteil einer anachronistischen Gesellschaftsform. Und je ohnmächtiger die Einheimischen sind, desto größere Fähigkeiten trauen sie dem fremden Mann zu.

Europa hat noch nie so viele Nationen und Staaten gesehen wie heute. Innerhalb der Staaten geht das Spiel weiter - oder wollen etwa die Franken dulden, daß die Stammeseigenart der Mittelfranken bei ihnen unterdrückt werde? Die thüringischen Belange (was man am besten wie Melange ausspricht); die Pfälzer verlangen; die Hannover drohen - je eine halbe Million, wenss viel ist. Europa spielt. Es scheint die Idee kurz vor dem Höhepunkt ihres Umkippen in das Gegenteil zu sein, wie zu hoffen steht. Statt wirklich zu sehen, wie die Schichtgrenzen laufen, amüsieren sie sich mit Fahnen, Grenzpfählen, Ministerpräsidenten - und spielen 'fremd'. Gott segne diesen Erdteil! Er hat es nicht anders verdient.

Kurt Tucholsky, 1924

(aus "Zwischen Gestern und Morgen")



Flüchtlingsfonds in Krise - Dringender Hilfsappell

UN Hochkommissar für Flüchtlingsfragen muß auf einschneidende Finanzkürzungen mit Einstellung wesentlicher Hilfsleistungen reagieren.

Flüchtlinge sind am schwersten von internationalen Fonds-Kürzungen betroffen. Menschen, die ohnehin schon wenig haben, werden in Zukunft mit noch weniger auskommen müssen.

Wenn Regierungen Finanzhilfen reduzieren, dann müssen internationale Organisationen wie das UN Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen ihre Ausgaben kürzen. Tritt das ein, dann werden Zuwendungen für Flüchtlinge gestrichen.

Wie erklären wir als Christen einer Flüchtlingsfrau, die unter Vergewaltigung gelitten hat, daß ihr niemand beisteht?

Wie sagen wir einem behinderten Flüchtlingskind "Tut uns leid, aber es gibt kein Programm mehr für dich. Die internationale Gemeinschaft muß ihr Geld für andere Dinge ausgeben"?

Wie helfen Christen den Kirchen, die eine Entscheidung treffen müssen zwischen Soforthilfe in besonderen Notfällen und dem Einsatz für Veränderungen im großen Rahmen? Wie kommen sie aus dem Dilemma: "Wir können die Armen nicht ernähren" oder "Wir können nicht arbeiten, um die Armut zu lindern"?

Was können die Kirchen tun?

Dramatische Auswirkungen

Der kürzlich zum Hochkommissar für Flüchtlingsfragen ernannte Thorvald Stoltenberg sagt, daß Kürzungen im UN-Flüchtlings-Hilfsprogramm "genauso dramatisch für die Flüchtlinge sind wie die Zurückweisung der Boote durch unfreundliche Regierungen".

Diese Worte unterstreichen die schwerwiegenden Folgen der finanziellen Schwierigkeiten des UN-Flüchtlingsfonds. In erster Linie sind die Flüchtlinge selbst von diesen Schwierigkeiten betroffen, aber sie haben auch ernsthafte Folgen für die Kirchen, die mit ihnen arbeiten.

Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen, die wichtigste internationale Einrichtung zum Schutz und Beistand der Flüchtlinge, erleidet derzeit die schlimmste finanzielle Krise seit der Gründung im Jahre 1951.

Während die Zahl der Flüchtlinge weltweit im vergangenen Jahr um eine Million gestiegen ist, fielen die Finanzen des UN-Flüchtlingsfonds um 60 Millionen US-Dollar bis Ende 1989. Das Defizit wurde für das Jahr 1990 übernommen und bedroht nun das Überleben der Flüchtlinge.

Aufgrund der Finanzkrise mußten viele UN-

Flüchtlingsprogramme gekürzt oder gestrichen werden, z. B.

- Programm für behinderte Kinder in Mexiko - gestrichen

- Programm zur Beratung von Opfern der Gewalt in Indochina - steht vor der Streichung

- wichtige Hilfsprojekte für sudanesisch- und somalische Flüchtlinge in Äthiopien - gestrichen

- Berufsausbildung für Schulabgänger in Tanzania - gestrichen

Allein in Äthiopien (nach Berichten des USA-Flüchtlingskommissars an den USA-Kongreß) wurden die Mittel für Mutter-Kind-Programme, Chemikalien für Latrinen, Verbesserung der Trinkwasserversorgung (obwohl verunreinigtes Wasser die hauptsächliche Krankheitsursache ist) gestrichen und die Ölration um ein Drittel reduziert. Es werden keine Schulen gebaut und keine Mittel für die Ausbildung bereitgestellt.

Sind Kirchen den Aufgaben gewachsen?

Wenn die UN-Hilfsmittel gestrichen werden, wenden sich die Flüchtlinge oft an die Kirchen. Aus Briefen und Gesprächen von Kirchen und ökumenischen Gruppen in der ganzen Welt hört der ÖRK-Flüchtlingsdienst immer die gleiche Botschaft: "Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen hat seine Ausbildungs- (oder Beratungs- oder Gesundheits-) Programme eingestellt. Jetzt stehen die Flüchtlinge vor unseren Türen. Wir haben nicht die Mittel um zu helfen."

In Zaire, einem der Orte, in denen Ausbildungsprogramme gestrichen wurden, schreibt der kirchliche Flüchtlingsberater: "Die Kinder gehen nicht zur Schule, wenn die Unterstützung eingestellt wird. Sie werden zu nutzlosen Menschen für ihr Land und für jedes Gastland.

Sie werden eine verlorene Generation, und die Welt trägt die Verantwortung dafür.

Aus Bolivien schreibt eine ökumenische Organisation, die mit Flüchtlingen arbeitet: "Die ökonomische Krise, durch die unser Land geht, macht es aufgrund fehlender Finanzen unmöglich, den Wegfall der UN-Flüchtlingshilfe aufzufangen."

Aus Rwanda kommen Berichte von mehr Hunger und mehr Leiden der Flüchtlinge.

Am meisten leiden die Kinder.

In UN-Flüchtlingshilfedokumenten wird unterstrichen, daß die durch Unter- und Fehlernährung bedingten Krankheiten sehr stark zunehmen. In einem Bericht heißt es: "Mit Ausnahme von Polarforschern und bei Soldaten in extrem entlegenen Gebieten hat es seit der irischen Kartoffel-Hungersnot 1847 keine Fälle von Skorbut mehr gegeben, was die

gegenwärtigen Erscheinungen in den Flüchtlingslagern noch verschlimmert...

Skorbut hat sich in den vergangenen fünf Jahren endemisch in 30 Prozent der Lager in Somalia gezeigt und scheint jetzt in Lagern in Äthiopien aufzutreten. Von der Krankheit wurden durchschnittlich 25 Prozent der Bevölkerung in Somalia und dem Sudan betroffen."

Das durch Mangel an Vitamin C hervorgerufene Skorbut verursacht Gelenkschwellungen, Zahnausfall und Blutungen und kann zum Tode führen.

Seit der Gründung des UN-Hochkommissariats für Flüchtlingsfragen und der Bildung verschiedener internationaler Konventionen nach dem 2. Weltkrieg hat die internationale Gemeinschaft die Verantwortung für Beistand und Schutz der Flüchtlinge übernommen. Aber nun scheint das System der Verantwortung aller für die Flüchtlinge zusammenzubrechen.

Regierungen, vor allem die westlichen, stellen nicht die erforderlichen Mittel zur Unterstützung der steigenden Anzahl von Flüchtlingen in der Welt bereit.

Der neue UN-Hochkommissar unterstreicht, daß die UN-Flüchtlingshilfe-Ausgaben "1990 pro Flüchtling nur die Hälfte der Summe betragen, die vor 10 Jahren aufgewendet wurde. Das sind ca. 40 US-Dollar pro Jahr. Zum gleichen Zeitpunkt ist der Etat einer europäischen Regierung für 24.000 Obdachlose dreimal so hoch wie die UN-Summe für 15 Millionen Flüchtlinge."

Stoltenberg meint damit nicht, daß Norwegen (das oben zitierte Land) weniger für Obdachlose ausgeben sollte, sondern daß die internationale Gemeinschaft durchaus über Mittel zur Flüchtlingshilfe verfügt, wenn die Regierungen ihre Verantwortung wahrnehmen.

Was kann getan werden?

Die Kirchen brauchen ein starkes UN-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen.

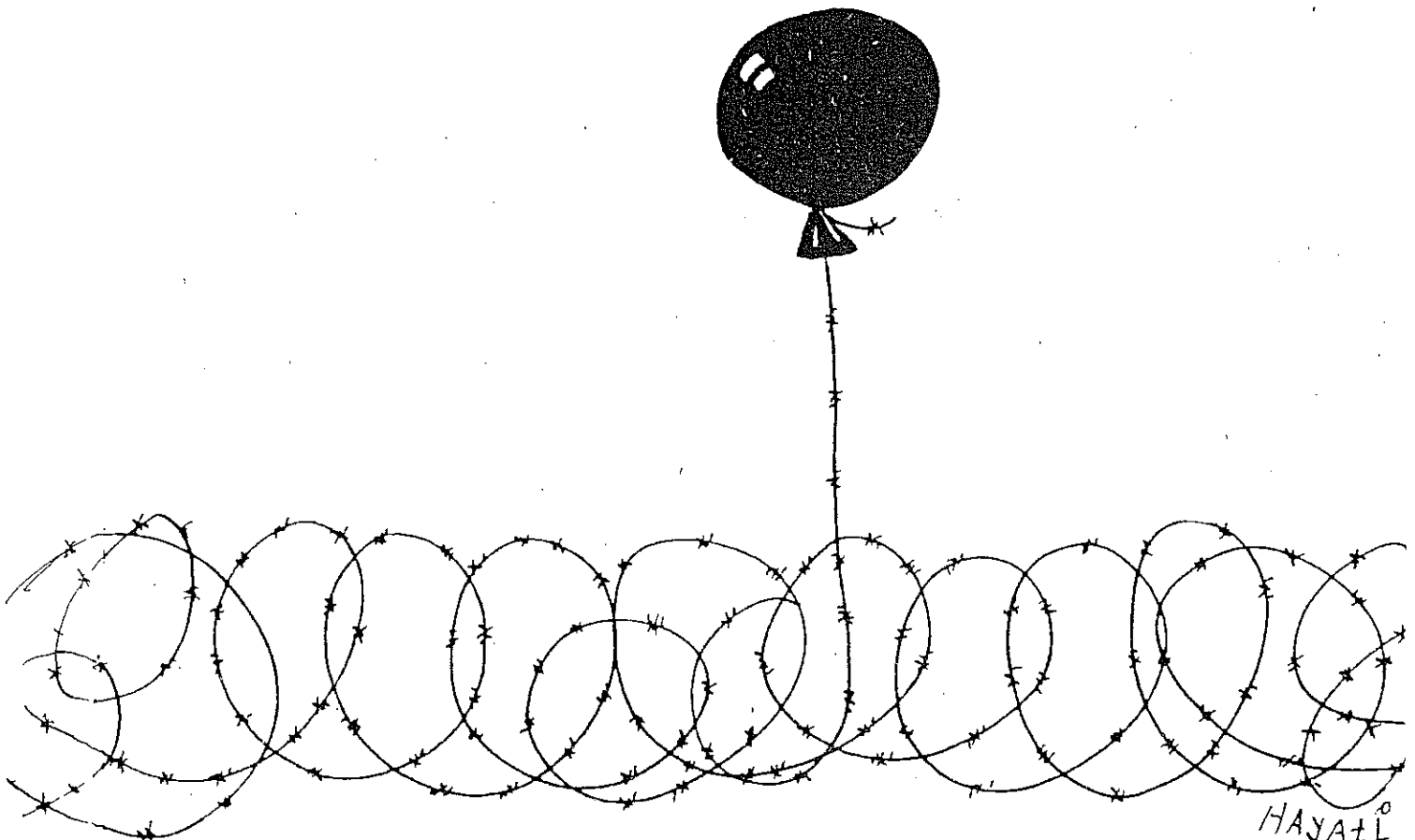
Die Regierungen müssen gemahnt werden, daß Flüchtlingshilfe ein Teil ihrer internationalen Verantwortung ist und nicht anderen übertragen werden kann. Die Spender-Länder müssen daran erinnert werden, daß die Hauptlast nicht auf ihren Schultern liegt, sondern auf denen der ärmsten Länder der Welt.

Gleichzeitig müssen die Kirchen ihre Anstrengungen erhöhen, die Gründe der Flüchtlingsbewegungen aufzuzeigen.

Solange es immer noch Kriege gibt und Regierungen fortgesetzt Menschenrechte ihrer Bürger verletzen, wird es Flüchtlinge geben.

**Wollen Sie helfen? Will Ihre Gemeinde helfen?
Beten Sie für die Flüchtlinge, schreiben Sie an Ihre Regierung, bestehen Sie auf Geldern für humanitäre Zwecke.**

Aus: One World, Nr. 157, Juli 1990, S. 12 - 13



HAYATI

Ausländer und Asylanten

Solidarisch leben mit allen Schwachen und Armen heißt es auch, sich dem unausweichlich auf unsere Gemeinden zukommenden Asylanten- und Ausländerproblem zu stellen.

Deshalb gibt die Synode der Ev. Kirche des Görlitzer Kirchengebietes den Gemeinden die dringende Empfehlung, sich mit diesen Problemen anhand der Texte der Ökumenischen Versammlung (insbesondere Text 2.2. "Leben in Solidarität mit Ausländerinnen und Ausländern") zu befassen.

Notwendig sind dabei:

- die Schaffung eines Problembewußtseins aus unserer christlichen Verantwortung heraus,
- das Durchdenken konkreter Maßnahmen am Beispiel von Situationsschilderungen (Notaufnahmekartiere, Finanzierung u.s.w.),
- die Verwirklichung dieser Vorhaben, wo irgend möglich, in ökumenischer Gemeinschaft,
- die praktische Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Kommune.

Ausländergesetz

Die Synode der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes hat auf ihrer Tagung vom 8. - 12. 6. 1990 als Hauptthema den konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung behandelt. Aufgrund der aktuellen Situation nahm die Ausländerproblematik in der Diskussion einen breiten Raum ein. Dabei wurden Informationen über ein Ausländergesetz für die DDR, das demnächst in der Volkskammer verabschiedet werden soll gegeben.

Im Hinblick auf die Tragweite eines solchen Gesetzes hält die Synode die Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte für wichtig:

- Wir halten eine basisdemokratische Diskussion der Gesetzesvorlage für dringend erforderlich, da das Zusammenleben mit Ausländern von uns allen getragen werden muß. Die breite Diskussion dient der Versachlichung und baut Emotionen, die z.T. begründet sind, ab.
- In diesem Zusammenhang beunruhigt uns eine möglicherweise überstürzte Gesetzesannahme.
- Ein derartiges Gesetz sollte in allen seinen konkreten Festlegungen unbedingt der Würde aller Menschen entsprechen und dem inneren Frieden unserer Gesellschaft dienen.

- Dieses Gesetz darf nicht losgelöst vom Asylrecht und bestehenden internationalen Vereinbarungen, wie z. B. der Genfer Flüchtlingskonvention, erarbeitet werden.

Die Synode bittet den Präses, diesen Beschluß der Volkskammer direkt zuzuleiten.

Im Juli 1990 gründete sich in Halle die Vereinigung "Eine-Welt-Haus Halle e.V.". Diese Namensgebung soll der Forderung Ausdruck verleihen, die Teilung der Welt in arme und reiche Länder zu überwinden und ein von gegenseitiger Toleranz getragenes, friedliches Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten zu erreichen. "Eine-Welt-Haus Halle e.V." soll Begegnungszentrum sein. Neben vielen anderen Aufgaben soll die Beratung ausländischer Mitbürger in juristischen und sozialen Fragen im Mittelpunkt stehen.

Wer diese wichtige Arbeit mit unterstützen möchte, wendet sich bitte an: Eine-Welt-Haus Halle e.V.

c/o Dr. Hans-Georg Lewek
Franckestr. 13
Halle/S. DDR 4020
Tel.: 2 23 17

Zu einer Vortragsreihe innerhalb des Missions-Seminars Berlin laden Berliner Missionswerk und Gossner Mission in das Haus der Mission, Handjerystraße 19, 1000 Berlin 41 (West) ein. Das Thema ist: "Flüchtlinge weltweit und bei uns". Die Termine für die nächsten Veranstaltungen der Vortragsreihe sind: 12. 11. 90; 10. 12. 90, Beginn ist jeweils um 19.30 Uhr.

Beratungszentrum für VietnamesInnen

Seit Mitte Juni 1990 gibt es in Berlin ein Informations- und Beratungszentrum für VietnamesInnen. Der Gründung ging eine Vietnam-Tagung im ÖMZ/BMG in Berlin Anfang Juni 1990 voraus. Das Informations- und Beratungszentrum sieht seine Hauptarbeiten in folgenden Schwerpunkten:

- Informieren und Aufklären über die gesetzlichen Bestimmungen der DDR und BRD (Ausländergesetz, Arbeitsrecht, Sozialgesetz, Abkommen zwischen der DDR und Vietnam...); Kontaktvermittlung zu Rechtsanwälten.
- Hilfeleistung bei Arbeits- und Wohnraumsuche, beim Erwerb von Gewerbeerlaubnis...

- Hilfeleistung beim Erlernen der deutschen Sprache (Deutschkurse) und bei Übersetzungen.
- Vermittlung von Kontakten zwischen In- und Ausländern; Organisieren von Kulturabenden und -austausch zwischen Deutschen und VietnamesInnen und anderen Völkern.

Mittlerweile bekam das Informations- und Beratungszentrum einen regen Zulauf von VietnamesInnen, nicht nur aus Berlin, sondern auch aus anderen Teilen der DDR. Die Leute wurden in erster Linie über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert.

Dazu wurden Informationsblätter verteilt. Rechtswidrigkeiten der Betriebe gegenüber den vietnamesischen ArbeitnehmerInnen wurden aufgedeckt, Eingaben wurden übersetzt und an zuständige Stellen weitergeleitet. In einigen Fällen ermitteln die Rechtsanwälte bereits. Zur Zeit läuft ein intensiver Deutschkurs zweimal wöchentlich im Informations- und Beratungszentrum. Es wurden inzwischen auch schon Arbeitsplätze vermittelt. Kontakte zu den Wohltätigkeitsorganisationen (Arbeiterwohlfahrt, Frauenzentrum, Dritte Welt-Zentrum...) und den Ausländerbeauftragten der Stadtbezirke, des Magistrats und des Ministerrats. Von den letztgenannten und vom ÖMZ in Berlin bekam das Informations- und Beratungszentrum wertvolle Hinweise sowie Unterstützung.

Wegen der großen Nachfrage wurden die Sprechzeiten von mittwochs (von 18.00 Uhr bis 21.00 Uhr) am Anfang auf montags (von 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr und 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr) und donnerstags (von 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr) ausgedehnt. Trotzdem konnten nicht alle anfallenden Arbeiten (Beratungs- und operative Tätigkeiten) bewältigt werden, da finanzielle Mittel fehlen. Die Mitarbeiter, eine ehemalige deutsche Betreuerin und zwei Vietnamesen, arbeiten ehrenamtlich und sind schon seit Monaten arbeitslos.

Um das Informations- und Beratungszentrum aufrechterhalten zu können, sind finanzielle Mittel sowie ein Kopiergerät dringend notwendig. Wir sind dafür sehr dankbar. Spenden überweisen Sie bitte aufs Konto des ÖMZ/BMG Berlin, Kontonummer: 6651-39-183/Codierung 109 900 89

Nguyen Luu Hong Quang

Adressen der Beratungszentren:

1. Schorfheidestraße 6/9 E.T.

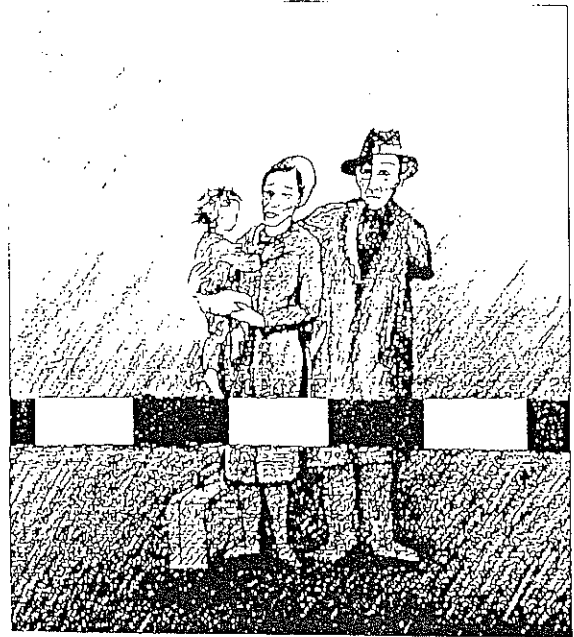
BERLIN 1143

2. Rhinstraße 91 G

BERLIN 1136

(Le Quang Chau)

Die Würde des Menschen ist verletzbar



Beratungsstelle für jüdische Emigranten


Eine Beratungsstelle für jüdische Emigranten wurde am 20. 8. 1990 in der Berliner Otto-Grotewohl-Straße 19 d eröffnet. Damit erhalten sowjetische Juden einen zentralen Anlaufpunkt, um Fragen ihres Aufenthaltes in der DDR zu klären. Für Almuth Berger, die Ausländerbeauftragte des Ministerrates, ist allein schon die Tatsache, daß 50 Jahre nach dem Holocaust jüdische Menschen wieder in Deutschland eine Heimat sehen können, ein Zeichen der Aussöhnung. Eingedenk der Realität, gemeinsam mit der belasteten Geschichte zu leben, sei der Sitz des Büros im ehemaligen Propagandaministerium bewußt gewählt worden. Zugefügtes Unrecht dürfe nicht vergessen werden. An der Eröffnung des Kontaktbüros nahmen ebenfalls die Ausländerbeauftragte des Magistrats Anetta Kahane sowie Vertreter von jüdischen Gemeinden und Organisationen teil.

Auch in HALLE gibt es nun eine "CABANA". Jeden 1. Freitag im Monat können sich Interessierte im Gemeindehaus der St. Georgen-Kirchgemeinde in der Glauchaerstr.77 treffen.

Im Schönefelder Flughafen kommen täglich Flüchtlinge aus allen Ländern der sogenannten Dritten Welt, aus Krisen- und Kriegsgebieten an. Schönefeld ist zur Einflugschneise und zum Hoffnungspunkt für viele Flüchtlinge geworden. Nun wird es dort einen **Flughafensozialdienst** geben, der sich um diese Menschen kümmert. Am Montag, den 10.9.90 war die Eröffnung. Träger sind die Diakonischen Werke Ost/West und Caritas Ost/West.

"Quilombo-Eine Welt e.V" hat eine neue Adresse:
Pemricher Str. 19 in Dresden, vorher war es die Superintendentur Dresden-Mitte (Umweltbibliothek). An diesem Projekt beteiligt sich auch Gepa (Vertriebsgesellschaft für Produkte aus der sogenannten 3. Welt)

Ebenfalls eine CABANA hat sich in GOTHA gegründet. Informationen darüber in der Judenstr. 27.



Basar*Basar*Basar*Großer Basar im Berliner Missionshaus
*Riesenauswahl an Kleidung-superbillig!*1000 kleine Dinge für den Haushalt!**Buntes Rahmenprogramm den ganzen Tag!**Stärkung mit warmer Mahlzeit sowie Kaffee und Kuchen für wenig Geld!** Am 3. November 1990, 10-15Uhr
Georgenkirchstr.70 1017 Berlin; Buslinien 30,40,57
Haltestelle Königstor, Märchenbrunnen,Wir
freuen uns auf ihren Besuch!

CABANA-BÄRLIN sucht dringend neue Mitarbeiter!!
Kontakt jeden Dienstag Höchste Str.(..es ist höchste Eisenbahn!!)

Am 7. September tagte im Ökumenisch-Missionarischen Zentrum/Berliner Missionsgesellschaft der **ARBEITSKREIS DER AUSLÄNDERBEAUFTRAGTEN** aus den Landeskirchen im Bereich der DDR. Hierbei und bei dem sich anschließenden CABANA-Treffen wurde über die Aufgaben in der Ausländerarbeit in der Zukunft diskutiert. Dabei wurde deutlich, daß das Informationsdefizit groß ist und aufgeholt werden muß. Dafür wären Schulungen geeignet.

- Eine klare Differenzierung zwischen kirchlichen und diakonischen Aufgaben in den Strukturen der Ausländerarbeit, damit die verfaßte Kirche nicht aus der Verantwortung entlassen ist und die Aufgaben zur Diakonie abschiebt.
- Zusammenarbeit vor Ort muß gefördert werden.

Das CABANA-Treffen zeigte, wieviele Orte doch schon eine CABANA haben. Daß sich neue Aufgaben für die Zukunft ergeben, zeigen zwei Zahlen: 20% der in die Bundesrepublik kommenden Asylbewerber und 20% der dort ankommenden Aussiedler werden in das Gebiet der DDR geschickt werden. Die Frage ist, ob die CABANA in Zukunft unverbindlicher Treffpunkt bleiben können oder ob sie auch beratende Funktionen übernehmen sollen. Dafür wären dann geschulte Mitarbeiter nötig.

Das Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin (Nr. 52 vom 4.8.1990) veröffentlicht worden.
Bezug über:
Kulturbuch-Verlag GmbH, Tel.: 213 60 71
Passauer Str. 4, 1000 Berlin 30

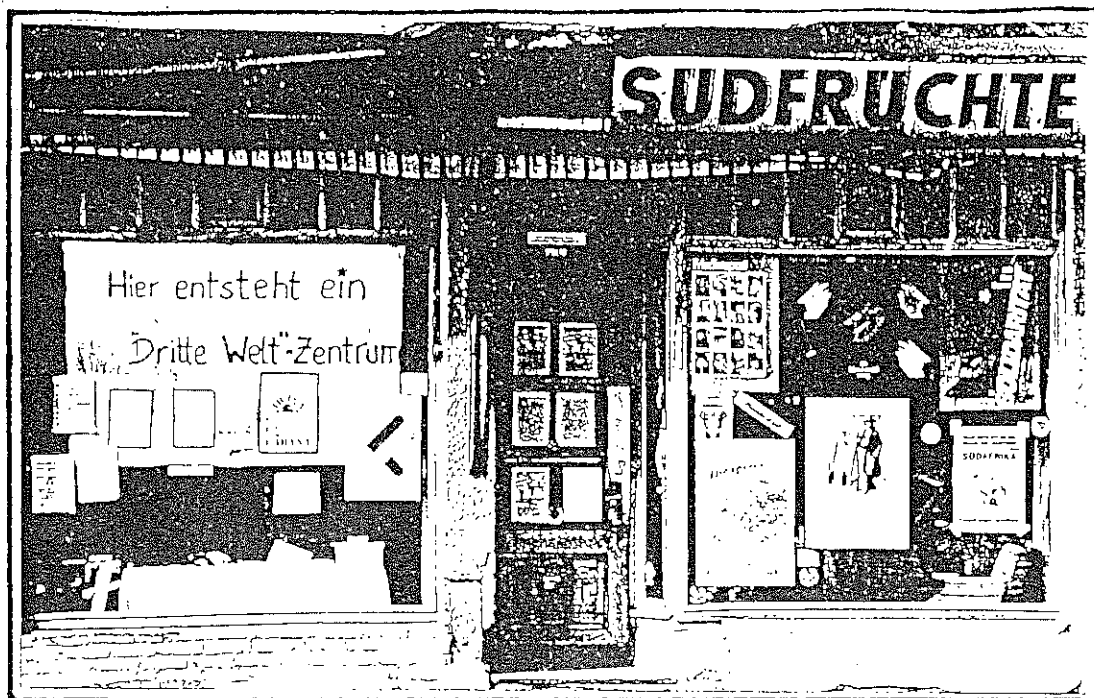
Das Netzwerk SOS-Rassismus Berlin (Ost und West) ist zu erreichen über:
Berliner Initiative SOS-Rassismus c/o. IAF / Oraniestr.34
1000 Berlin 36

Der DEUTSCHE PARITÄTISCHE WOHLFAHRTSVERBAND, Landesverband Berlin, hat jetzt ein Medizinisches Beratungszentrum in Berlin-Lichtenberg eröffnet. Hier die Anschrift:

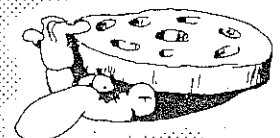
Medizinisches Beratungszentrum/ Straße der Befreiung 60
1136 Berlin/ Haus 1, 4. Etage, Raum 4088/ Tel.:5161-3370

In der DDR wurde die Sozialdemokratische Partei Vietnams gegründet.
Interessenten wenden sich an: TIA SANG/ PSF 128
4400 Bitterfeld

IAF - das ist die Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen - Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V. Wer Kontakt zu dieser Initiative suchen will, schreibt an: IAF-Berliner Gruppe/ Oranienstr. 34/ 1000Berlin 36/ Tel.: 6533499



Dritte Welt-Zentrum e.V. Winsstr.53, 1055 Berlin
CAFE, VERANSTALTUNGEN, 3.WELT-PRODUKTE..
Öffnungszeiten:Mo,Mi,Do u.Fr.:17-23 Uhr



Ein neues "Ausländergesetz" tritt am 1. Januar 1991 in unserem dann vereinigten Land in Kraft. Gegen dieses Gesetz der "festgeschriebenen Ausforschung und Bespitzelung von Nicht-Deutschen" wendet sich der BIELEFELDER APPELL. Initiatoren dieses Appells sind das Internationale Begegnungszentrum IBZ in Bielefeld und das Bielefelder StadtBlatt. Anfang August dieses Jahres starteten sie die Kampagne. Im Folgenden den Wortlaut dieses Appells:

BIELEFELDER APPELL

Selbstbezeichnung gegen Spitzeldienste:

Wir denunzieren nicht!

An den deutschen Bundestag,
an den zuständigen Landtag!

Wir Deutsche und Nichtdeutsche, wehren uns mit aller Entschiedenheit gegen die im Neuen Ausländergesetz vorgeschriebene Auskunfts- und Mitteilungspflicht der öffentlichen Stellen und Behörden gegenüber der Ausländerbehörde (Paragraph 75,76), sowie gegen die Möglichkeit ohne die Beteiligung der Betroffenen auch in deren persönlichem Umfeld Auskünfte einzuholen. Datenschutz muß auch für ImmigrantInnen und Flüchtlinge gelten.

Wir erklären deshalb: Wir werden unter keinen Umständen, weder als Privatperson noch in unserer dienstlichen Eigenschaft, unsere ausländischen FreundInnen, NachbarInnen, KollegInnen, PatientInnen oder KlientInnen denunzieren. Konsequenzen nehmen wir in Kauf, da das Neue Ausländergesetz gegen fundamentale Menschenrechte verstößt.

Wir fordern die Verantwortlichen auf allen Ebenen der Politik und der Verwaltung auf, für die Abschaffung aller Sondergesetze, die auf MigrantInnen und Flüchtlinge angewandt werden, einzutreten.

Wir sind mit der Veröffentlichung unserer Namen und Funktionen zur Unterstützung dieses Aufrufs einverstanden.

Der BIELEFELDER APPELL wird getragen vom Internationalen Begegnungszentrum IBZ und dem Bielefelder StadtBlatt.